

## Herriots Schwierigkeiten

Von Rud. Breitscheid

Dr. Breitscheid ist soeben aus Paris zurückgekehrt, wo er mit führenden französischen Politikern Unterredungen hatte; seine nachstehenden Ausführungen verdienen schon darum besondere Aufmerksamkeit. Mit bemerkenswerter, die sozialistische Außenpolitik kennzeichnender, aller diplomatischen Quacksalbereien geringerschätzender Offenheit, wies Breitscheid den Weg zur endgültigen Verständigung mit Frankreich, aber auch die Schwierigkeiten, die vor allem durch den beiderseitigen Nationalismus ihn noch immer gefährden. Dieses vor allem in Deutschland täglich wuchernde Giftgewächs hat sich abermals an Breitscheid herangemacht. Er ist, weil er mit Herriot sprach, des Landesverrats bezichtigt worden. Wir meinen, daß man dankbar und zufrieden sein sollte, wenn Vertreter der deutschen Arbeiterschaft und, was wichtiger ist, Vertreter des republikanischen und demokratischen, also des größeren und wahren Deutschlands, Gelegenheit suchen und bekommen, den französischen Ministerpräsidenten zu sprechen. Freilich, da solche Unterredungen die Verständigung, den Frieden und damit hüben und drüben die Macht des Volkes stärken könnten, mißfallen sie den sogenannten Nationalen, denen Zerstümmerung der Demokratie und hohe Getreidepreise noch immer wichtiger sind als Deutschlands und der Welt Gesundheit. Gegenüber diesen veritablen Landesverrättern, diesen schamlosen Klassen und Portemonnaiefanatikern ist die Verständigungsarbeit der Sozialisten eine Leistung von höchster moralischer und politischer Bedeutung.

Es versteht sich übrigens von selbst, daß Genosse Breitscheid das Gespräch mit Herriot auf die Fragen der Gefangenenbefreiung und der Räumung des Ruhrgebiets beschränkte. Ebenso selbstverständlich ist es, daß Breitscheid zwar nicht im Auftrag des Auswärtigen Amts, aber mit dessen Wissen nach Paris ging, und daß er nach seiner Rückkehr den zuständigen Stellen über seine Eindrücke Bericht erstatten wird.

*D. Red.*

Den glücklichen Wochen, in denen sich die französische Linke der Freude über ihren Wahlsieg hingeben und hoffnungsvoll den Ideen für die Neugestaltung der französischen Politik nachhängen konnte, sind Zeiten ernstester Arbeit und heftigster Kämpfe gefolgt. Auch Enttäuschungen haben sich schon eingestellt. Es gelang zwar, Millerand zu stürzen, aber es glückte nicht, Painlevé an seine Stelle zu setzen, sondern es wurde Doumergue zum Präsidenten der Republik gewählt, ein ehrlicher und zuverlässiger Republikaner zwar, aber doch eben nicht der Kandidat der Linken. Er siegte mit Unterstützung der Poincaristen, die, unfähig, einen eigenen Mann durchzubringen, sich mit den schwankenden und unzuver-

lässigen Elementen im radikalen Lager verbanden. Aehnlich ging es mit der Wahl des Senatspräsidenten, bei der de Selves einen Vorsprung von siebzehn Stimmen vor dem vom Linksblock präsentierten Bienvenu-Martin erhielt. Es folgten die Wahlen der Vorsitzenden in den Kammerausschüssen. Wieder drangen in zwei der wichtigsten Kommissionen, der der Armee und der auswärtigen Angelegenheiten, die offiziellen Kandidaten der Radikalen und Sozialisten nicht durch.

Und gerade in dem Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, steht das Kabinett Herriot schon in einer nicht ungefährlichen Krisis. Im Senat soll es über die Reparationspolitik interpelliert werden, und dieser Debatte ist durch eine außerordentlich heftige Kampagne, die von den Blättern des nationalen Blocks eingeleitet wurde, vorgearbeitet worden. Man sieht, der Versuch, das demokratische und friedenswillige Frankreich zur Herrschaft zu bringen, ist nicht leicht.

\*

Den Anlaß zu dem neuen Vorstoß der Besiegten vom 11. Mai hat die englische Einladung zur interalliierten Konferenz in London gegeben. Vielleicht war ihre Form nicht durchaus geschickt, vielleicht trug sie zu wenig der schwierigen Stellung Rechnung, in der sich Herriot befindet. Das Londoner Foreign Office hat mit der Aufforderung zur Teilnahme an der Konferenz rein britische Anregungen verbunden, und es konnte der Anschein erweckt werden, als ob sich der französische Ministerpräsident bei seiner Zusammenkunft mit Mac Donald bereits mit diesen englischen Gedankengängen identifiziert habe. Das wurde von der militaristisch-reaktionären Opposition in Paris benutzt, um die neue Regierung der Preisgabe französischer Ansprüche und Rechte zu zeihen, und man entfachte einen Sturm, ganz ähnlich dem, der seinerzeit Briand zu Fall brachte, als er in Cannes Herrn Lloyd George zu weitgehende Zugeständnisse gemacht haben sollte. Inzwischen ist die Aufklärung erfolgt. Herriot hat sich vor den vereinigten Kammerausschüssen für auswärtige Politik und Finanzen gerechtfertigt, aber das hindert nicht, daß das Treiben weitergeht, und daß insbesondere Poincaré all seinen Einfluß, und man muß hinzufügen, all seine Aktenkenntnisse aufbietet, um seinem Nachfolger ein Bein zu stellen.

\*

Schließlich ist die Londoner Einladung natürlich nur ein Vorwand. Den Gegnern Herriots ist seine Politik des Verständigungs- und Versöhnungswillens ein Dorn im Auge. Sie wollen an dem System brutaler Machtentfaltung nicht gerüttelt wissen. Sie wollen die Linie, die sie Jahre hindurch verfolgt haben, selbst auf die Gefahr der vollständigen Isolierung Frankreichs hin nicht aufgeben, und obwohl selbst Poincaré sich grundsätzlich mit dem Gut-

achten der Sachverständigen abzufinden bereit war, lassen sie nichts unversucht, um den Folgen der Zustimmung zu diesem Programm zu entgehen und die wirtschaftliche und militärische Räumung des Ruhrgebiets und des linken Rheinuferes hintanzuhalten. Schon die Befreiung der Gefangenen und die Erlaubnis zur Rückkehr der Ausgewiesenen erscheint ihnen höchst bedenklich. Unter Berufung auf die Worte und die Taten der deutschen Nationalisten ziehen sie den ehrlichen Willen Deutschlands in Zweifel und warnen vor einer Nachgiebigkeit, die für Frankreich schwere Schäden bringen könne. Der von ihnen nicht weniger als von ihren deutschen Gesinnungsgenossen bedauerte Beschluß des Kabinetts Marx, die Rüstungskontrolle anzunehmen, hat ihnen zwar einigen Wind aus den Segeln genommen, aber sie hören deshalb nicht auf, Mißtrauen zu säen und Beunruhigung zu wecken. Sie sind und bleiben, wenigstens für die nächste Zeit, eine schwere Gefahr für den Bestand der Regierung und für die konsequente Fortführung der von Herriot in ehrlichster Absicht und mit dem reinsten Willen eingeleiteten Politik.

\*

Nun wird man einwenden, daß die zum Linkskartell gehörenden Gruppen in der Kammer doch über eine unzweifelhafte Mehrheit verfügen, und daß das Kabinett bei der entscheidenden Abstimmung vor wenigen Wochen eine Majorität von über achtzig Stimmen aufzuweisen hatte. Das ist richtig, und man kann noch hinzufügen, daß mancherlei Anzeichen für ein weiteres Erstarren der demokratischen Volksmeinung nach den Wahlen sprechen. Um nur eins zu erwähnen: die Auflagen der linksgerichteten Zeitungen wie „Quotidien“ und „Oeuvre“ erhöhen sich von Woche zu Woche ganz beträchtlich. Aber es gibt eine Reihe von Dingen, die nicht aus den Augen gelassen werden dürfen. Da ist einmal der Senat. Er stand im wesentlichen links von der alten Kammer, aber er steht rechts von der neuen. Seine Mehrheit ist nicht poincaristisch, aber sie vertritt doch einen gemäßigten und abgebläbten Radikalismus, der sich für berufen hält, hemmend und besänftigend zu wirken und der den Beeinflussungsversuchen von rechts sicher mehr zugänglich ist, als es im Interesse der Herriotschen Politik liegt.

Neben dem Senat und teilweise wirkungsvoller als er, arbeitet die Bürokratie in den Aemtern. Ueber dieses Kapitel brauchen nicht viel Ausführungen gemacht zu werden. Es ist uns aus eigener schmerzhafter Erfahrung bekannt genug. Um eine Kursänderung herbeizuführen, genügt es nicht, neue Männer an die Spitze der einzelnen Ressorts zu stellen. Solange der alte Geist unter den Beamten lebendig ist, wird es ungeheuer schwierig sein, das Ruder des Schiffes herumzuwerfen. In Frankreich gibt es die Bezeichnung „Geheimräte“ nicht, aber der Apparat unterscheidet sich im

wesentlichen nicht von dem unseren. Es wird Loyalität markiert und unter diesem schönen Schein nach Kräften Sabotage getrieben. Das gilt vor allem vom Außenministerium, dessen Generalsekretär Peretti della Rocca sich äußerlich mit demselben Eifer Herr Herriot zur Verfügung stellt, wie er Herrn Poincaré gedient hat, der aber, wie jedermann weiß, im Herzen auf der Seite seines früheren Chefs steht und zum mindesten nicht verhindert, daß die Presse der jetzigen Opposition in seinem Amt mit Nachrichten versehen und instruiert wird. Es sieht so aus, als ob die eigene Ehrlichkeit und Offenheit den französischen Ministerpräsidenten daran hindere, hinterhältige Absichten bei seinen Untergebenen vorauszusetzen, aber auf die Dauer wird er zu der Erkenntnis kommen, daß ein Minister, der zu seinem Ziele gelangen will, wenigstens die ausschlaggebenden Stellen mit Persönlichkeiten besetzen muß, deren er nicht nur bezüglich ihrer Geschäftskennntnis sicher ist. Beteuerungen der Loyalität reichen nicht aus, und ich erinnere mich des spöttischen Achselzuckens, mit dem ein sehr bekannter französischer Staatsmann, der dem gegenwärtigen Kabinett nicht angehört, auf meine Frage nach der Zuverlässigkeit eines bestimmten Beamten von der „Loyauté bien payée“ — der gut bezahlten Loyalität — sprach.

Alles das würde nun noch nicht ausreichen, um die Stellung des Ministeriums parlamentarisch zu gefährden, wenn die Basis, auf der es in der Kammer steht, unbedingt sicher wäre. Das aber ist leider nicht in dem notwendigen Umfang der Fall. Man darf an französische Parteien, was ihre Zusammensetzung und ihre Organisationsfestigkeit angeht, nicht den deutschen Maßstab anlegen. Hier vertragen einen Vergleich nur die Sozialisten und die Kommunisten. So sonderbar es klingen mag, bilden die Sozialisten, die bekanntlich der Regierung nicht angehören, die festeste Stütze des Kabinetts, wenigstens solange es auf dem Wege bleibt, den ihm Herriot in seinem Brief an Léon Blum und später mit seiner Erklärung vor dem Parlament vorgezeichnet hat. Es gibt auch da noch gewisse Reibungen, die ja niemals fehlen, wenn eine Partei Regierungspolitik machen muß, ohne in der Regierung zu sitzen. Es braucht nur an die Unstimmigkeiten bei der Votierung der fünf Budgetzwölfstel am Sonnabend vor acht Tagen erinnert zu werden. Aber diese Schwierigkeiten werden sich ausgleichen lassen, und wenn alle anderen Gruppen so innerlich geschlossen und gleichzeitig so entschlossen wären, wie die sozialistische Fraktion, würde man leicht über den Berg kommen.

Die kleine Partei der sogenannten sozialistischen Republikaner dürfte auch bei der Stange bleiben. Und ebenso ist von den Leuten um Loucheur und Briand wenigstens für den Augenblick kein Abfall zu fürchten. Bedenken kann nur die Haltung eines Teils der

Radikalsozialisten, das heißt der Partei Herriots selbst, erwecken. Die Radikalsozialisten haben im wesentlichen hinter sich den kleineren Bürger- und Bauernstand. Aber diese Gruppe weist doch mancherlei politische Schattierungen auf. Soweit ein solcher Vergleich überhaupt zulässig ist, könnte man sagen, daß sie die Leute umfaßt, die sich bei uns auf die Deutsche Volkspartei, die Demokraten und sogar auf die Sozialdemokratische Partei verteilen würden. Das stärkste Band, das sie zusammen hält, ist der Antiklerikalismus. In allen anderen Fragen gibt es Abstufungen, die bis zu starken Meinungsverschiedenheiten gehen. So gehört der parlamentarischen Fraktion beispielsweise auch Herr Klotz an, der im Grunde nichts anderes ist als ein Poincarist, und der sich recht lebhaft bemüht, dem Kabinett Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Er und einige andere mit ihm sind für eine Agitation, wie sie gerade jetzt entfesselt wird, sehr empfänglich, zumal da auch politischer Ehrgeiz und Postenjägerei ihre Rolle spielen. Der Moment könnte kommen, wo sie den offiziellen Führer der Partei im Stich lassen.

Trotz alledem halte ich eine Rückkehr zum Poincarismus für ausgeschlossen. Dafür hat das Land am 11. Mai zu deutlich gesprochen, und dafür sind die Kräfte, die dem Rückfall in das alte System widerstreben, zu stark. Höchstens, daß Herriot sich veranlaßt sehen könnte, sein Tempo etwas zu verlangsamen und auch in seinen Reden Zugeständnisse an seine zweifelhaften Freunde zu machen. Man wird das in Deutschland verstehen müssen und nicht in den Fehler verfallen dürfen, mehr von ihm zu verlangen, als er nach Lage der Dinge zu leisten imstande ist. Seine Absichten sind einwandfrei. Es kann insbesondere an seinem Willen, die Ruhr wirtschaftlich und militärisch zu räumen, nicht gezweifelt werden. Aber sein Wille ist durch mancherlei Einflüsse, zu denen neuerdings auch eine gewisse Hartnäckigkeit der Brüsseler Regierung kommt, gehemmt, und wenn er uns heute noch nicht schwarz auf weiß den Termin angibt, an dem der letzte französische Soldat auf das linke Rheinufer zurückgekehrt sein wird, so soll man deshalb nicht Zeter und Mordio schreien und nicht die blödsinnige These verfechten, daß Herriots Politik sich von der seines Vorgängers in nichts unterscheidet. Wir alle hätten den dringenden Wunsch, daß ein solcher Termin bereits feststände, aber über dem, was wir noch zu wünschen oder zu fordern haben, sollen wir nicht vergessen, was bereits erreicht ist. Die Tatsache steht jedenfalls unerschütterlich fest, daß Frankreich heute in einem ganz anderen Geist regiert wird, und daß demzufolge ganz andere Hoffnungen für die Zukunft Europas berechtigt sind, als vor den Wahlen dieses Frühjahrs.

## Wie es 1914 in Paris stand

Von Eduard Bernstein

Ein Dokument, das meines Wissens in Deutschland niemals vollinhaltlich zur Veröffentlichung gelangt ist, ist das Manifest der Vertreter der belgischen und französischen Sektion der sozialistischen Internationale vom Anfang September 1914, worin sie dieser über die damalige Haltung ihrer Parteien — Eintritt in die Regierung und in die Koalition der nationalen Verteidigung — Rechenschaft ablegten. Offenbar unter dem Druck der Militärensensur gingen bei uns der sozialdemokratischen Presse damals nur kurzgefaßte Berichte darüber zu, die in verschiedenen Punkten seinen wahren Charakter nicht zur Erscheinung kommen ließen. So hieß es da unter anderem, die Unterzeichner maßten sich an, im Namen der Internationale zu sprechen, was ihnen, wie man sehen wird, tatsächlich nicht eingefallen ist. Aber lassen wir zunächst das Manifest selbst sprechen. Es lautet:

„Wie klar uns auch das gute Recht der französischen und belgischen Nation erscheint, die gegen den brutalen Angriff des deutschen Imperialismus für ihre Existenz kämpfen.

Wie sicher wir, die belgische und die französische Sektion sind, unsere Pflicht als Internationalisten gegen den Krieg und für den Frieden vollständig erfüllt zu haben, so ziemt es sich, daß wir den anderen Sektionen der Internationale in einem kurzen Abriss mit dem unparteiischen Zeugnis der Tatsachen den Beweis dafür ablegen.

Was die französische Sektion betrifft, so haben wir nicht zurückzukommen auf die Periode vor dem Krieg, als die allgemeine Raserei der Kolonialpolitik und der Rüstungen anwuchs und wir uns der Marokkopolitik und dem Gesetz der dreijährigen Dienstzeit, dieser Folge des deutschen Wehrgesetzes, widersetzen.

Es handelt sich um die Entstehungskrise des jetzigen Krieges. Diese Krise ist durch das österreichische Ultimatum an Serbien wie eine Verschwörung hereingebrochen. Von Anfang an, und mehr noch als Oesterreich die friedfertige und versöhnliche Antwort Serbiens verwarf, bestand kein Zweifel mehr, daß das kaiserliche Deutschland es unterstützte und den Krieg wollte.

In diesen kritischen Stunden und um das Mandat der Internationale zu erfüllen, sind wir in Verhandlung getreten mit der französischen Regierung, haben von ihr vor allem verlangt, daß sie mit aller Kraft die englische Vermittlung als beste Friedensmöglichkeit unterstütze und auf die russische Regierung einen Druck zugunsten der Vermittlung ausübe.

Wir haben uns davon überzeugt, daß die französische Regierung aufrichtig den Frieden gewollt und, wie wir es verlangt hatten, ihre ganzen Bemühungen zu seiner Erhaltung aufgewandt hat. Noch am Nachmittag des Tages des Bruchs der Beziehungen ist die Delegation der sozialistischen Kammerfraktion zum Ministerpräsident Viviani gegangen.

Herr Viviani hat uns nicht verheimlicht, daß trotz aller seiner Bemühungen der imperialistische deutsche Angriffseifer mit jedem Augenblick die Erhaltung des Friedens unwahrscheinlicher machte. Aber er erklärte, daß die französische Regierung bis zum letzten Augenblick ihr möglichstes tun werde, um die äußersten Friedensmöglichkeiten wahrzunehmen; daß trotz der Einbrüche deutscher Truppen auf französischen Boden die französischen Truppen acht Kilometer von der Grenze entfernt bleiben würden, und daß franzö-

sischerseits nichts geschehen würde, was der Fortsetzung der Friedensunterhandlungen schaden könne, da der wünschenswerte Friede noch immer möglich sei, solange der deutsche Botschafter, Herr v. Schoen, in Paris bleibe.

Wir verlangten und bestanden mit Energie darauf, daß eine neue und demonstrative Kundgebung von Frankreichs Friedenswillen unverzüglich ausgeführt werde; daß ein ausdrückliches Verlangen nach einer erneuten Intervention und Vermittlung an England mit der förmlichen Erklärung der vollen und energischen Unterstützung von seiten Frankreichs gerichtet werde.

Herr Viviani schien dazu entschlossen und versprach uns, noch am gleichen Abend den Vorschlag dem Ministerrat zu unterbreiten. Aber wir hatten ihn noch nicht eine Stunde verlassen, als Herr von Schoen ihn im Ministerium des Aeußern aufsuchte und seine Pässe verlangte.

Die in Paris lebenden deutschen Sozialisten vom Leseklub, die Tag für Tag den Ereignissen und unseren Bemühungen gefolgt waren, haben unsere Haltung durchaus gebilligt und unsere Hoffnungen geteilt.

Wir haben dagegen Ursache, zu fürchten, daß die durch offizielle Berichte getäuschte deutsche Arbeiterklasse keine wahrheitsgetreue Kenntnis von den Tatsachen hat.

Wir unterbreiten ihrem Nachdenken die große bezeichnende Tatsache, die zeigt, auf welcher Seite der Angriffswille war: der Einbruch in das belgische Gebiet.

Nachdem sie erst fälschlich behauptet hatte, daß französische Flieger vor der Kriegserklärung Bomben auf Nürnberg geworfen hätten, hat die kaiserliche deutsche Regierung mit ebenso wenig tatsächlicher Unterlage behauptet, französische Truppen seien in Belgien eingedrungen oder im Begriff, es zu tun. Dies gerade in dem Moment, wo Frankreich die schon Belgien gegebene förmliche Versicherung, daß es die belgische Neutralität respektieren werde, England gegenüber erneuert hatte. Mit jenem Vorwand hat Deutschland Belgien aufgefordert, seiner Armee den freien Durchmarsch zu gewähren und ihm, als es das verweigerte, den Krieg erklärt, Lüttich belagert und das Gebiet überflutet.

Auch in Luxemburg sind die deutschen Truppen eingedrungen.

Diese Tatsachen unterbreiten wir dem Urteil des internationalen Proletariats. Sie genügen, um zu zeigen, auf welcher Seite der Angriff war und auf welcher Seite man den Krieg gewollt hatte. Wenn wir uns in diesem Augenblick der Krisis im Parlament und im Lande mit den anderen Parteien der Nation zusammengefunden haben, so deshalb, weil wir uns bewußt sind, für die Grundsätze zu kämpfen, die wir stets gemeinsam verfochten haben.

Nicht in aggressiver Absicht, nicht einmal weil sie fühlte, daß sie von Uebelwollen und Feindseligkeit umgeben war, hat unsere Regierung sich zum Krieg entschlossen.

Wir sind sicher, daß wir die Unabhängigkeit und Selbständigkeit unserer Nation gegen den deutschen Imperialismus verteidigen. Wir kämpfen nicht gegen das deutsche Volk, dessen Unabhängigkeit und Selbständigkeit wir ebenso hoch achten.

In der Gewißheit, für das Prinzip der Freiheit, des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung einzutreten, ertragen die französischen und belgischen Sozialisten die harte Notwendigkeit des Krieges. Sie

sind dessen gewiß, daß, wenn erst die Wahrheit festgestellt ist, die deutschen Sozialisten ihr Verhalten billigen und sich ihnen anschließen werden.

Für die französische sozialistische Partei:

Die Delegierten beim Internationalen Sozial. Büro:

Jules Guesde, Jean Longuet, Marcel Sembat, Eduard Vaillant.

Für die belgische Arbeiterpartei:

Die Delegierten des Internationalen Soz. Büros:

Eduard Anseele, Louis Bertrand, Camille Huysmans.

Ein selbst heute noch der ernsthaftesten Würdigung wertenes Dokument. An seiner inneren Wahrhaftigkeit ist nicht zu zweifeln. Bessere Bürgen für sie als die Unterzeichner konnte es nicht geben. Jules Guesde, mit Paul Lafargue der Begründer und Führer des marxistischen Flügels der Sozialisten Frankreichs, hatte die ganze Zeit über das Bündnis Frankreichs mit dem zarischen Rußland auf das schärfste bekämpft, Jean Longuet, der Enkel Karl Marx', die von diesem verfochtene Anschauung, daß das zarisch regierte Rußland die ewige Bedrohung der revolutionären Entwicklung Europas sei, sozusagen mit der Muttermilch eingesogen, der geistreiche und kühne Marcel Sembat gerade kurz vorher seine auch in Deutschland von allen Friedensfreunden warm begrüßte Streitschrift gegen die Anwälte der verschärften Rüstungen des republikanischen Frankreich veröffentlicht, die als Titel den Warnungsruf trug: „Macht den Frieden oder macht einen König“, und Eduard Vaillant, der Veteran des revolutionären Sozialismus in Frankreich, stets das warme Empfinden für Deutschlands Kultur an den Tag gelegt, das er in seinen Jünglingsjahren in Tübingen als Student und Schüler des Literaturhistorikers Hermann Kurz sich angeeignet hatte. Keiner dieser Männer hätte es der Regierung Viviani verziehen, wenn sie der Kriegspartei ins Garn gegangen wäre.

Nicht minder unverdächtig waren die belgischen Unterzeichner des Manifestes. Louis Bertrand, der als Arbeiter schon der ersten Internationale angehört und als Schüler und Freund César de Paepes unablässig dessen Bemühungen für das Zustandekommen der zweiten Internationale unterstützt hatte, Eduard Anseele, der Vlame, den Wilhelm Liebknechts Schriften vor allem für den Sozialismus gewonnen hatten, und Camille Huysmans, gleichfalls Vlame und Sekretär des Internationalen Sozialistischen Büro, sie hatten sich bei jeder Gelegenheit von dem Gedanken durchdrungen gezeigt, daß ihr Land zufolge seiner geographischen Lage und der ethnologischen Zusammensetzung seiner Bevölkerung zum Vermittler zwischen Deutschland und Frankreich berufen sei, stets in diesem Sinne sich betätigt.

Zur Sache selbst bestätigt der auf das Verhalten Frankreichs bezügliche Teil des Manifestes die Erklärung, die der große Jean Jaurès fünf Wochen vorher, am 29. Juli 1914, am Abend nach der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büro in Brüssel in der Riesenversammlung im Zirkus Royal abgab:

„Uns französischen Sozialisten ist eine leichte Aufgabe gestellt. Wir brauchen unserer Regierung nicht erst die Friedenspolitik vorzuschreiben, sie befolgt sie in der Praxis. Ich, der ich nie gezaudert habe, den Haß unserer Chauvinisten auf mein Haupt zu laden durch mein hartnäckiges und nie nachlassen werdendes Streben nach Erstellung der deutsch-französischen Annäherung, ich habe das Recht, zu erklären, daß in der gegenwärtigen Stunde die französische Regierung den Frieden will und für Erhaltung des Friedens arbeitet.

Die französische Regierung ist der beste Friedensverbündete dieser bewundernswürdigen englischen Regierung, welche die Initiative

zur Vermittlung ergriffen hat. Und sie wirkt auf Rußland durch ihre Ratschläge im Sinne der Weisheit und Geduld.

Unsere Pflicht ist es, darauf zu bestehen, daß sie mit Nachdruck auf Rußland einspreche, sich (der Kriegserklärung) zu enthalten. Sollte aber Rußland unglücklicherweise dem nicht nachkommen, so ist es unsere Pflicht, zu erklären: Wir kennen nur einen Vertrag, den, der uns an das Menschengeschlecht bindet.“

Diese mutige Erklärung kostete Jaurès das Leben. Zwei Tage, nachdem er sie abgegeben, fiel er von der Hand des Fanatikers Villain. Inwieweit er die damaligen Absichten des Kabinetts Viviani richtig geschildert hat, soll uns hier nicht des weiteren beschäftigen. Es genügt festzustellen, daß stichhaltige Beweise für das Gegenteil nicht erbracht worden sind. Dagegen bleibt es bemerkenswert, daß dieses Kabinett noch am Nachmittag des 3. August es für möglich erklärte, den Krieg zu vermeiden, obwohl schon am 1. August Deutschland dem mit Frankreich im Bundesverhältnis stehenden Rußland den Krieg erklärt hatte. Es war das Kabinett derselben Partei, als deren Vertreter heute Herriot Ministerpräsident Frankreichs ist, und deren Verhältnis zur sozialistischen Kammerfraktion war ein ähnliches, wie es heute zwischen sozialistischen Radikalen und Sozialisten in Frankreich besteht. Nicht an ihnen lag es, daß es damals zum mörderischen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich kam.

Was speziell die sozialistische Kammerfraktion Frankreichs von 1914 betrifft, so ist es nur ein Akt geschichtlicher Gerechtigkeit, ihre damalige charaktervolle Haltung nachträglich in helles Licht zu setzen. Und man begreift, wie sehr es sie und die belgischen Sozialisten erschütterte, als sie erfuhren, daß am 4. August die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstags der kaiserlichen Regierung, die den Krieg in beide Länder hineingetragen hatte, die Kriegskredite bewilligt hatte. Um so anerkennenswerter, daß ihr Manifest an die Sektionen der Internationale kein gehässiges Wort darüber enthält, sondern nur der Befürchtung Ausdruck gibt, daß die deutsche Arbeiterklasse keine wahrheitsgetreuen Berichte von den Vorgängen habe. Eine Befürchtung, die nur zu berechtigt war. Wir sind damals getäuscht worden. In mäßigen Umfange schon in den Tagen vor Kriegsausbruch, unmäßig aber von dem Tage an, wo die Oberste Heeresleitung die Zensur der Presse übernahm und nun bis zum Kriegsende nicht mehr aus den Händen gab.

Der Unterschied im Verhalten der sozialistischen Kammerfraktion Frankreichs und der Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie in den verhängnisvollen Augusttagen 1914 erklärt sich nur zum Teil aus der Verschiedenheit, wie sich hüben und drüben die weltpolitische Situation darstellte. Sie war auch in hohem Grade eine Folge des Unterschieds der politischen Verfassung beider Länder. Wer sich ihn vergegenwärtigt, wird erst völlig inne werden, von welcher Bedeutung für das Schicksal beider Länder es ist, daß Deutschland aufgehört hat, ein Militärstaat zu sein. Die reaktionären Parteien handeln logisch, wenn sie des letzteren Wiedererrichtung erstreben. Sie wäre die verhängnisvollste der denkbaren Reaktionen. Die Demokratie aber begeht Selbstmord, wenn sie diesen Bestrebungen irgendwelchen Vorschub leistet.

Das tut man jedoch, wenn man dem deutschen Volk verheimlicht, in wie hohem Grade es seine Notlage dem Einfluß verdankt, den der Militarismus 1914 und die folgenden Jahre in Deutschland ausgeübt hat. Ueber die damalige Notwendigkeit des Krieges mit dem Zarenreich kann man verschiedener Meinung sein. Daß Deutschland, statt es nur mit ihm zu tun zu haben, den Weltkrieg bekam, war in erster Linie das Werk des deutschen Militarismus.

Darüber noch einiges in einem besonderen Artikel.

## Mietzinssteuer und Wohnungsfrage

Von Dr. W. Engler

Vor dem Krieg war in Deutschland wie auch in anderen Ländern die Finanzierung des Wohnungsbaues dadurch gesichert, daß im allgemeinen die Miete so hoch war, daß davon die Verzinsung des Anlagekapitals und die übrigen Unkosten bestritten werden konnten und Kapital zu niederem Zinsfuß erhältlich war. Der Krieg und in seinem Gefolge die Geldentwertung haben auf diesem Gebiete große Umwälzungen und eine Reihe von Gesetzen zur Regelung der Wohnungsfrage hervorgerufen. Das Reichsmietengesetz geht von dem Grundgedanken aus, daß der Hausbesitzer seinen früheren Gläubigern nur einen geringen Teil des Kapitals zurückbezahlt und von den Zinsen befreit ist. Die gesetzliche Miete wurde so nieder gehalten, daß dem Hausbesitzer kein Ertrag aus seinem Haus erwuchs. Nur der fortgesetzte steigende Steuerbedarf in Staat und Gemeinden verursachten die Erhöhung der gesetzlichen Miete. Nach dem Zusammenbruch des Ruhrkampfes waren das Reich und die Länder gezwungen, nach allen möglichen Steuerquellen Ausschau zu halten. Der Reichsfinanzminister entdeckte hier die Möglichkeit für eine recht ergiebige Steuer. Er wollte in kurzen Zwischenräumen die Miete so steigern, daß bis zum Oktober 1924 die Friedensmiete erreicht sei. Da aber die Hausbesitzer von der Verpflichtung, Hypothekenzinsen zu bezahlen, durch die Geldentwertung befreit waren, sollte der Teil des Mietertrages, der früher für Hypothekenzinsen nötig war, in Form von Steuern in die Reichskasse geleitet werden. Eine Konferenz der Länderfinanzminister hat sich aber einstimmig gegen eine solche Reichssteuer gewendet und verlangte diese Steuer für die Länder und Gemeinden. Die dritte Steuernotverordnung trug dem Rechnung und verpflichtete die Länder zur sofortigen Einführung einer Sondersteuer für diejenigen Gebäude, die in der Vorkriegszeit erstellt waren.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag den Antrag eingebracht, diese Steuer wieder aufzuheben. Die Fraktion ging dabei offenbar von der Voraussetzung aus, daß dann auch die Miete ungefähr in der Höhe vom Monat März gehalten werden kann. Es wird notwendig, daß die Fraktion nochmals prüft, ob unter den gegebenen Verhältnissen der Antrag noch aufrecht erhalten werden kann. In allen Ländern ist die Mietzinssteuer, oder besser gesagt Sondersteuer auf Gebäude, in der Höhe von 20 bis 30 Proz. der Friedensmiete zur Einführung gelangt, und damit die Miete auf 60 bis 70 Proz. der Friedensmiete gestiegen. Die Hausbesitzer verlangen, daß die Miete freigegeben wird. Das würde unter den heutigen Verhältnissen bedeuten, daß die Miete auf etwa das 1½fache der Friedensmiete steigen würde, ohne besondere steuerliche Erfassung und ohne daß eine irgendwie nennenswerte Bautätigkeit dabei in Fluß käme, weil bei den jetzt gegebenen Kapitalzinsen eine private Bautätigkeit einfach ausgeschlossen ist. Es ist nach meiner Auffassung ein Irrtum, wenn man glaubt, die Miete könnte dauernd oder doch noch auf lange Zeit bei etwa 40 oder 50 Proz. der Friedensmiete belassen werden. Es ist unmöglich, die Miete dauernd in einer Höhe festzulegen, bei der dem Hausbesitzer gar keine Rente verbleibt. Das wäre ein Versuch, das Wohnungswesen zu sozialisieren unter kapitalistischer Verwaltung und unter Abwälzung aller Risiken auf die Besitzer. Es war notwendig, in den letzten Jahren die Miete gesetzlich festzulegen, und es ist weiterhin notwendig, das Steigen der Miete so zu regeln, daß dabei eine Angleichung der Löhne und Gehälter möglich ist.

Trotz allem Widerstand, den die Mietervereine einem weiteren Steigen der Mieten entgegenstellen, wird sich dieses Steigen aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht aufhalten lassen. Es geht dann hier wie auf den

anderen Gebieten der Zwangswirtschaft: Die Vorschriften werden immer mehr umgangen. Heute schon wird in vielen Fällen, nur um eine Wohnung zu erlangen, die Friedensmiete bezahlt, was gesetzlich auch erlaubt ist. Es kann nicht das Steigen der Miete, sondern nur die steuerliche Erfassung verhindert werden. Wir müssen uns aber klar darüber sein, daß nur aus einer Sondersteuer auf die aus der Vorkriegszeit vorhandenen Gebäude die Mittel für den Wohnungsbau beschafft werden können, damit ist notwendig ein Steigen der Mieten verbunden. Daß eine Sondersteuer berechtigt ist, sei im folgenden gezeigt. Die Gebäude waren vor dem Krieg im Durchschnitt mit 75 bis 80 Proz. ihres Wertes mit Hypotheken belastet. Rechnet man eine 6prozentige Rente für ein Miethaus, so mußten vom gesamten Mietertragnis etwa 60 Proz. für die Verzinsung der Hypothekenschulden verwendet werden. Von dieser Last sind die Hausbesitzer mit wenigen Ausnahmen befreit, während auf der anderen Seite Millionen von Volksgenossen, die ihre Ersparnisse in Hypothekendarlehen, auf Sparkassen usw. angelegt hatten, ihr Vermögen verloren haben. Es ist also berechtigt, wenn hier mit einer Sondersteuer eingegriffen wird. Die Durchführung des sozialdemokratischen Antrags auf Beseitigung der Sondersteuer auf Gebäude würde jetzt, wo diese Steuer für die einzelnen Länder und Gemeinden schon zur Durchführung gelangt ist, auch eine große Verwirrung in deren Finanzwesen hervorrufen.

Bei der Einführung dieser Sondersteuer auf die aus der Vorkriegszeit vorhandenen Gebäude haben sich in den einzelnen Ländern verschiedene Streitfragen ergeben. Der Reichsfinanzminister hat die dritte Steuernotverordnung so interpretiert, daß von dieser Steuer die Landwirtschaft nicht betroffen werden soll, und tatsächlich hat Preußen in seiner Verordnung die Landwirtschaft auffallenderweise freigelassen. Begründet wurde dies damit, daß die Landwirtschaft sich in einer schlimmeren Lage befände als die anderen Stände. Die Befreiung der Landwirtschaft ist eine Ungerechtigkeit. Wie will man es begründen, daß ein Arbeiter oder Handwerksmeister, der in einem Industriedorf oder in einer kleinen Stadt ein Häuschen hat, die Steuer bezahlt, während ein reicher Bauer daneben nichts bezahlt. Die Steuer soll doch — und dieser Grundgedanke ist unbedingt festzuhalten — diejenigen treffen, die durch die Geldentwertung ihre Hypothekenschulden oft mit ganz lächerlichen Papiermarkbeträgen zurückbezahlt haben. Von den Hypothekenschulden hat sich aber nicht nur der städtische, sondern auch der ländliche Grund- und Hausbesitz befreit. Es besteht allerdings auch die Möglichkeit, mit Wirkung vom 1. November 1925 ab eine Sonderbesteuerung des unbauten Grundes durchzuführen, und dabei sollen dann die landwirtschaftlichen Gebäude mit herangezogen werden. Die dritte Steuernotverordnung verpflichtet zwar die Länder zur Einführung einer Sondersteuer auf Gebäude, sie stellt es aber in ihr Ermessen, ob sie auch die Besteuerung des unbauten Grundes durchführen will. Bei der agrarischen Einstellung unserer Einzellandtage ist gar nicht daran zu denken, daß diese Steuer jemals zur Einführung gelangt. Es ist auch nicht richtig, daß die Landwirtschaft sich in einer schlimmeren Notlage befindet als die anderen Stände. Es ist deshalb auch in keinem anderen Land als in Preußen die Freilassung der Landwirtschaft beschlossen worden, und auch in Preußen hat neuerdings ein Ausschuß des Landtags die Erfassung der landwirtschaftlichen Gebäude verlangt.

Eine zweite Streitfrage entstand über den Anteil, der von dem Steuertragnis für den Wohnungsbau verwendet werden soll. Die dritte Steuernotverordnung bestimmt, daß mindestens 10 Proz. vom Ertragnis dafür verwendet werden. Diese 10 Proz. mußten dem Reichsfinanzminister in schwerem Kampfe abgerungen werden. Im Reichsfinanzministerium und auch im Reichswirtschaftsministerium steht man auf

dem Standpunkt, daß für den Wohnungsbau überhaupt nichts getan werden sollte. Daß wir Sozialdemokraten diesen Standpunkt nicht teilen können, ist selbstverständlich. Es ist zu begrüßen, daß in Preußen beschlossen wurde, 50 Proz. vom Erträgnis für den Wohnungsbau zu verwenden. Dieser Prozentsatz sollte überall zur Geltung kommen. Der größte Teil der Länder hat sich aber auf die vorgeschriebenen 10 Proz. beschränkt. Im badischen Landtag wurde dieser Tage beschlossen, 25 Proz. für den Wohnungsbau zu verwenden. In einzelnen Mieterorganisationen wurde verlangt, daß der ganze Ertrag für den Wohnungsbau verwendet wird. Die Vereinigungen gingen dabei von etwas irrigen Voraussetzungen aus; denn es ist falsch, wenn man annimmt, daß die Steuer nur von den Mietern getragen wird, weil ja auch die Besitzer von Eigenwohnungen Steuern zahlen. Es besteht aber auch noch aus einem anderen Grunde keine Berechtigung für die Forderung, alles für den Wohnungsbau zu verlangen, man muß sich nur den wirtschaftlichen Vorgang der letzten Jahre einmal genau vor Augen halten. Durch die Geldentwertung wurde der Hausbesitzer schuldenfrei und hat die Zinsenlast nicht mehr zu tragen. Der Betrag, den der Mieter für seine Wohnung zahlte, wurde so entwertet, daß er nur noch einen winzigen Bruchteil von dem war, was er früher bezahlte. Steigert man die Miete auf die Friedensmiete, so entsteht für den Hausbesitzer, der früher nur wenig eigenes Geld in seinem Hause stecken hatte, eine Rente, auf die er keinen Anspruch hat. Hat aber der Mieter Anspruch darauf, daß ihm ewig die Miete niedergehalten, oder das Geld lediglich in seinem Interesse verwendet wird? Ich sage „Nein“. Denn diese freigewordene Rente, auf die weder der Hausbesitzer, noch der Mieter einen berechtigten Anspruch hat, entstand dadurch, daß andere ihr Vermögen verloren haben und nicht wieder erhalten können. Diese Leute haben Anspruch darauf, daß sie, sofern sie dadurch in Not geraten sind, von Staat und Gemeinde so unterstützt werden, daß sie noch ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein führen können. Den Ländern ist deshalb die Berechtigung, die Sondersteuer auf Gebäude zu erheben, gleichzeitig mit der Aufgabe gegeben worden, die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und deren Hinterbliebenen, für Sozial- und Kleinrentner und alle sonstigen Unterstützungsbedürftigen zu übernehmen, und es ist ganz berechtigt, wenn der Aufwand für diese Zwecke ebenfalls von Teil aus dieser Steuer bestritten wird.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Wir stehen nicht vor der Frage: niedere Mieten oder Sondersteuer, sondern vor der Frage: wildes Steigen der Miete ohne steuerliche Erfassung, oder geregeltes Steigen mit Anpassung der Löhne und Gehälter und steuerliche Erfassung einer neuentstehenden Rente, um auf diesem Weg Mittel für Wohlfahrtspflege und Wohnungsbau zu schaffen. Solange die Baukosten und der Zinsfuß so abnormal hoch sind, kann ohne teilweise Kapitalbeschaffung aus öffentlichen Mitteln nichts zur Lösung der Wohnungsfrage getan werden; wichtiger als niedere Mieten ist die Förderung des Wohnungsbaues. Unsere Partei muß sich mit der Tatsache abfinden, daß die Mieten bis zu einem gewissen Zeitpunkt eine Höhe erreichen werden, wie sie den Baukosten und einem normalen Zinsfuß entsprechen. Aufgabe der Staatsverwaltung ist es, ihre Beamten und Arbeiter so zu bezahlen, daß sie in der Lage sind, die gestiegenen Mieten auf sich zu nehmen. Der Staat hat die Gewerkschaften in ihrem Kampf mit dem privaten Unternehmertum zu unterstützen, damit auch die Arbeitslöhne auf die notwendige Höhe kommen. Der Moment, wo die Wohnungszwangswirtschaft in eine wirkliche Wohnungsgemeinwirtschaft hätte umgebaut werden können, ist in dem Kampf um recht niedere Mieten verpaßt worden. Wir müssen aufmerksam sein, damit die Erfassung einer neuentstehenden Hausrente, durch die Allgemeinheit, nicht wieder verpaßt wird.

## Zwei Brandherde der auswärtigen Politik

Von Albin Michel

### I.

Von Syrien und Albanien ist es jetzt wieder etwas stiller geworden. Die Nachrichten aus diesen beiden Gebieten laufen nur noch spärlich ein. Man weiß nicht recht, wie weit in Syrien die „Beruhigung“ gelungen ist, und es läßt sich wenig übersehen, wer jetzt eigentlich in Albanien herrscht. Aber eins ist gewiß, auch wenn in Syrien und Albanien vorläufig wieder Ruhe eintreten sollte, werden diese beiden Länder auch fernerhin zwei Brandherde der auswärtigen Politik bleiben.

### II.

Als Frankreich seine Ansprüche auf das Mandat über Syrien geltend machte, wollte es zunächst über ein Groß-Syrien herrschen. Erst nach und nach fand es sich mit einem Klein-Syrien, mit einem Syrien ohne Palästina und ohne Cilicien ab. Vielleicht muß Frankreich dazu beglückwünscht werden, daß ihm nicht der ganze syrische Brocken zugeteilt wurde, denn wenn jemals ein europäischer Staat einen Hexenkessel, ein Gebiet mit den verschiedensten Bevölkerungsklassen, mit den mannigfachsten Rassen, Religionen, Sekten usw. übernommen hat, so kann dies für die Uebernahme Syriens durch Frankreich gelten.

Die Franzosen haben in ihrem Mandatsgebiet Syrien fünf „Staaten“ errichtet: Groß-Libanon, Hauran, Damaskus, Haleb (Aleppo) und das Alautengebiet. Der größte Staat ist Groß-Libanon mit rund 630 000 Bewohnern, ihm folgt der Staat Damaskus mit annähernd 600 000 Bewohnern. Insgesamt hat Syrien, soweit es unter französischer Oberherrschaft steht, einen Umfang von 168 000 qkm, das heißt, es ist reichlich viermal so groß wie die Provinz Brandenburg. In diesem Gebiet wohnen gegen 3 Millionen Menschen. Aber ein bunteres Volksgemisch als in dem alten Kulturlande Syrien — im Altertum berühmt wegen seiner herrlichen Gärten — ist wohl kaum anzutreffen. Die Mehrzahl der Bewohner sind Mohammedaner. Nur Groß-Libanon hat eine, wenn auch nicht allzu große, christliche Mehrheit. Sowohl die christliche, wie auch die mohammedanische Bevölkerung ist in außerordentlich viele Sekten gespalten, die sich gegenseitig bekämpfen. Einen besonderen Volkstamm bilden die Drusen, ein arabisch-syrisches Mischvolk mit einer Religion, die aus jüdischen, christlichen, mohammedanischen und „heidnischen“ Elementen zusammengesetzt ist. Uneinheitlich wie dieses ganze Volk ist auch seine Verfassung, die Art seines Zusammenlebens — ein Gemisch von Despotismus, Feudalsystem und Demokratie. Die Drusen werden geleitet durch Emire, durch Dorfälteste und durch die Blutrache. Dazu kommt noch, daß in Französisch-Syrien 350 000 bis 400 000 Beduinen leben, wilde, kampflustige Araber, die kaum einen einheimischen Herrscher anerkennen, sicher aber einer fremden Macht keinen Gehorsam leisten. So ist Syrien, das als Mittelpunkt der Ausweitung des französischen Einflusses im nahen und mittleren Orient gelten soll. Man kann beinahe zu der Ansicht kommen, Frankreich sei in dieses Gebiet hineinmanövriert worden, nur um seinem Tatendrang im nahen Orient eine mehr als ausreichende Gelegenheit zu geben.

Gewiß, Syrien war schon vor dem Kriege eine französische Einflußsphäre. Seit einem halben Jahrhundert sind dorthin und nach Armenien große Summen französischen Kapitals geflossen, die in der verschiedensten Weise, in Hafen-, Eisenbahnbauten usw. angelegt wurden, und noch im Jahre 1913 hat der damalige französische Außenminister Pichon in Syrien neue wertvolle Konzessionen für Frankreich durch-

gesetzt. Aber es fragt sich doch, ob diese französischen Kapitalsinteressen nicht in einer andern Weise wahrgenommen werden könnten wie dadurch, daß sich Frankreich das Mandat über Syrien zusprechen ließ. Als Frankreich seinen Einfluß zur Revision des Vertrages von Sèvres zugunsten der Türkei einsetzte, wurde den französischen Staatsmännern der unauslöschliche Dank der Türkei zugesichert, aber in der Politik, und namentlich in der auswärtigen Politik, zeigt die Blume der Dankbarkeit stets nur sehr leicht welkende Blüten. So hat sich auch das Dankbarkeitsgefühl der Türken rasch verflüchtigt.

Frankreich ist in Syrien in eine Sackgasse geraten. Es wollte von dort aus seine Stellung als christliche Vormacht im Orient neu aufbauen, politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einfluß dazu gewinnen, Syrien sollte ein französisches Machtzentrum für ganz Asien, besonders aber für Vorderasien werden. Aber auch wenn man die auswärtige Politik in ihrer heutigen Einstellung als etwas Gegebenes hinnimmt, als etwas, das nicht mit einemmal radikal umgeändert werden kann, vor allem nicht von einem einzigen Lande oder von einer einzigen Regierung, weil auch der Rhythmus eines Staates, die nach einer bestimmten Richtung hin in Bewegung gesetzte Kraft eines Landes nicht plötzlich und unvermittelt in die entgegengesetzte Richtung gelenkt werden kann, so bleibt doch für die Regierung in Frankreich zu überlegen, ob es nicht besser ist, das syrische Abenteuer aufzugeben, sich dort auf die Wahrnehmung der französischen Wirtschaftsinteressen zu beschränken. Will Frankreich Syrien militärisch beherrschen, so wird es dort immer eine recht ansehnliche Armee unterhalten müssen, die dem Heimatlande schwere Opfer auferlegt und die doch kaum die Ruhe aufrechterhalten kann. Schon die Beduinen werden dafür sorgen, daß Syrien, solange dort eine französische Armee untergebracht ist, ein Brandherd bleibt.

### III.

Albanien bildet schon seit drei Jahrzehnten den Mittelpunkt internationaler Intrigen, und seit noch längerer Zeit ist es ein Gebiet steter Kämpfe und Wirren. Als seinerzeit die europäischen Großmächte Albanien von einem geographischen Begriff zu einem staatlichen Gebilde umzuwandeln suchten, war dieser Beschluß sogleich weiter nichts als die Ausflucht aus einer Verlegenheit. Es war ein Verlegenheitsakt, weil sowohl Oesterreich als auch Italien Ansprüche auf Albanien stellten. Schon lange vor der Sprengung des Dreibundes drohten zwischen Oesterreich und Italien Albanien wegen schwere Verwicklungen. Ungezählte Millionen österreichischen und italienischen Geldes flossen vor dem europäischen Kriege nach Albanien, um dort für Oesterreich und Italien Stimmung zu machen.

Wurden die Katholiken Albanien von Oesterreich unterstützt, gab es unter den Katholiken Albanien Tausende, die aus österreichischen Kassen subventioniert wurden, so verteilten die Italiener ihre Gelder mehr auf die Gebiete, in denen Griechisch-Orthodoxe und Mohammedaner wohnen. War Oesterreich mehr darauf bedacht, Albanien nicht unter das Einflußgebiet einer anderen Großmacht kommen zu lassen, so ging die Absicht Italiens darauf hinaus, von seinen Seeplätzen Otranto, Brindisi und Bari aus die gegenüberliegende Küste Albanien zu besetzen und damit die Adria zu einem geschlossenen Meer, zu einem italienischen Binnensee zu machen. So ist damals der albanische Staat geschaffen worden, und ein kleiner, mit wenig Verstand, aber viel Phantasie ausgestatteter deutscher Fürst, der Prinz von Wied, vorher noch mit allerlei guten Ratschlägen des jetzigen Pensionärs von Doorn versehen, wurde „König“ von Albanien. Diese neugebackene Monarchie bestand jedoch nur kurze Zeit.

Jedenfalls aber war der Beschluß, einen besonderen albanischen Staat nach europäischem Zuschnitt zu errichten, eine Staatstragikomödie ersten Ranges. Auch hier hat sich von neuem gezeigt, was dabei herauskommt, wenn eine alte verknöcherte, nur auf dem Parkett heimische Diplomatie, die von Volkswirtschaft, Völkerkunde, Volkspsychologie, geographischen Bedingtheiten usw. so viel versteht, wie ein grönländischer Bär vom neuesten Tanz, schöpferische Leistungen auch nur kleinen Formats vollbringen will.

Im großen und ganzen müssen die Albanier zu den geschichtslosen Völkern gezählt werden. Zwar hatte im 15. Jahrhundert Skanderbeg schon einmal ein Königtum Albanien geschaffen, aber dies blieb nur eine Episode. Nur eine ganz kleine Oberschicht kann lesen und schreiben, ja es gab nicht einmal eine einheitliche albanische Schriftsprache. Im Norden und Süden des Landes ist das europäische Kulturleben schon ein klein wenig vorgedrungen, dort hat auch bereits die Bodenbebauung die tiefste Primitivität überwunden. Mittelalbanien aber mit seinen Bergen hat im Wirtschaftsleben noch kaum eine höhere Stufe erreicht, als die der alten deutschen Völker zur Zeit ihrer Bedrängung durch die Römer war.

Als Albanien noch türkisch war, wurden in der Malzia, im Gebirgsgebiet, nie türkische Soldaten oder türkische Behörden geduldet, die Malzoren, die Bergbewohner oder, wie sie von den Türken genannt wurden, die Arnauten bezahlten nie Steuern und stellten nie Soldaten. Höchstens dadurch, daß sie als Räuber und Verwüster in die Gebiete der slawischen Völkerschaften des Balkans einfielen, leisteten sie den Türken Hilfsdienste. Nie hat es in der Malzia, dort, wo die wildesten Volksstämme Albanien wohnen, eine Gerichtsbehörde gegeben. Dort hat von jeher nur das uralte Recht der Berge gegolten, nämlich die Blutrache. Ein genauer Kenner des Landes hat einmal behauptet, dort sterbe jeder fünfte Mann durch Blutrache. Weil so viele Männer ermordet werden, meistens noch nachdem ihnen das Besitztum abgebrannt worden ist, besteht in der albanischen Malzia eine besondere Einrichtung, die wohl kaum wieder auf der Erde vorkommt: die der Wirschen, der Mannweiber. Während sonst die Frauen verachtet sind, werden diese Frauen den Männern gleichgeachtet. Sie müssen aber vorher das feierliche Gelöbnis ablegen, nie einem Manne anzugehören.

Lächerlich wie die ganze Staatsgründung, war auch die Aufmachung der ersten albanischen Regierungen. Der Prinz von Wied brachte einen großen Hofstaat mit, und es wurden sechs Ressortminister eingesetzt, für die kein Wirkungskreis bestand. So gab es in Albanien keine Post, es wurde aber ein Postminister eingesetzt, es existierte keine einzige Telegraphenlinie, dafür aber waltete ein Telegraphenminister seines Amtes. Der Unterrichtsminister verfügte über keine Schulen, der Kriegsminister über kein Heer, der Finanzminister über keine Finanzen. Die Albanier waren aber nicht gesonnen, diese kostspieligen Einrichtungen zu bezahlen. So mußte der Prinz von Wied wieder verschwinden. Freilich hält er sich noch heute für den rechtmäßigen Herrscher der Albanier oder Schkipetaren.

Ob die albanische Revolution nur als eine Erweiterung der alten Fehden zwischen den verschiedenen Stämmen und Gauen anzusehen ist, wie manchmal angenommen wird, kann aber doch bezweifelt werden. Nur zu leicht muß der Verdacht aufsteigen, daß dabei auch ausländische Antreiber und Geldgeber im Hintergrunde stehen. Machen sich in der albanischen Revolution südslawische, griechische oder italienische Einflüsse bemerkbar, oder haben dabei gewisse Gruppen aus allen drei Ländern ihre Hände im Spiel? Das ist eine Frage, die heute der fernstehende Beobachter kaum beantworten kann. Sicher ist jedoch, daß Italien seine Ansprüche auf Albanien noch lange nicht aufgegeben hat.



Der Gedanke, das Adriatische Meer zu verschließen, spukt in Italien noch in vielen Köpfen, soll sogar eine Lieblingsidee des großen Herzogs der Faschisten sein. Wenigstens eine „friedliche Durchdringung“ Albaniens ist im Programm der jetzigen italienischen Regierung enthalten. Noch im vorigen Jahre hat Italien am Schkumbifluß große Landstrecken übernommen, die urbar gemacht werden sollen. Hier und an anderen Flußgebieten im Reiche der Schkipetaren sollen Landflächen geschaffen werden, die für die italienische Bevölkerung reichlich Getreide liefern. Die albanischen Flüsse, die alle ebenso wilde Gesellen sind wie die Menschen, die an den Ufern wohnen, müßten dann freilich durch sehr kostspielige Regulierungen erst gründlich gebändigt werden. Die größere Wahrscheinlichkeit ist, daß Italien nicht daran denkt, diese Landkonzessionen auszunutzen, sondern daß es diese nur gebrauchen will, um gegebenenfalls bedrohte wirtschaftliche Interessen vorschützen zu können. Unmöglich ist es auch nicht, daß in Südslawien Kräfte am Werke sind, die darauf ausgehen, die eigene Grenze weiter nach Süden vorzuschieben.

Albanien ist ein Völkerbundstaat. Als solcher wird er vielleicht dem Völkerbund noch manche Nuß zum Knacken geben. Wird in Albanien eine Neuregelung notwendig, so ist nur zu wünschen, daß sie von Leuten unternommen wird, die geschickter sind als die waren, die diesen eigenartigen Staat an der Adria geschaffen haben.

## Vor zehn Jahren

### Getäuschte Hoffnung

Der Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow werden an der Seite des Kaisers im Hauptquartier verbleiben. Die Leitung der Reichs- und Staatsgeschäfte ruht bis zum Ende des Krieges in den Händen des Staatssekretärs und Staatsministers Dr. Delbrück. „Münchener Neueste Nachrichten“

### Töchterlein „Mobile“

Heldburg. Das am ersten Mobilmachungstage geborene Töchterchen des ins Feld gezogenen Reserve-Unteroffiziers Kreisstraßenwärters Appis im benachbarten Lindenau hat auf dessen Wunsch und mit Genehmigung der Behörde den Namen „Mobile“ erhalten.

„Schweinfurter Tageblatt“, 22. August.

### Der Kampf gegen die „Englische Straße“

Berlin, 25. August. Zwischen dem Salzufer und der Gutenbergstraße führte ein kurzer Straßenzug den Namen „Englische Straße“ bisher ein ruhiges und friedliches Dasein. Sie ist jetzt dem Kriege zum Opfer gefallen. Als vorgestern die Bewohner ihren Geschäften nachgehen wollten, sahen sie, daß sich der Straßename gewandelt hatte. Die Straßenschilder waren zur Hälfte mit bedruckten Pappschildern überklebt und zeigten die Bezeichnung: „Deutsche Straße“.

„Berliner Tageblatt“, 25. August.

### Was Herr Pietsch meldet

Großes Hauptquartier, 25. August . . . Die Schurkerei der Belgier geht so weit, daß sie unsern Truppen mit Pulver gefüllte Zigarren verkauften, damit sie beim Rauchen ihr Augenlicht verlieren sollten.

(Pietsch, Hauptmann a. D., Kriegsberichterstatter)

„Hamburger Fremdenblatt“, 26. August.

### . . . und was ein Berliner schreibt!

Dem Feldpostbrief eines Berliners, der zwischen Lüttich und Namur steht, entnehmen wir folgendes: „Nachdem hier verschiedene Dörfer angezündet worden sind, ist das Verhalten der Bewohner anders geworden. Sie haben ihre Kampfmethoden aufgegeben, wobei ich erwähnen möchte, daß es modern war, mit gefüllten Bienenkörben aus den Fenstern zu werfen.“

„Berliner Lokal-Anzeiger“, 26. August.

### Der Jupiter ist kein Scheinwerfer

Haag, 27. August. Eine in populärem Ton gehaltene Proklamation des belgischen Generalstabes ordnet an, daß abends absolute Dunkelheit in Antwerpen zu herrschen habe, und verbietet das sinnlose Schießen in die Luft. Der Generalstab warnt vor einer Panik und sagt weiter: „Seht nicht überall Luftschiffe! Zum Beispiel ist der Planet Jupiter, der um 8 Uhr aufgeht und um 11 Uhr untergeht, kein Scheinwerfer. Luftschiffe haben überhaupt keine Scheinwerfer. Telephoniert auch nicht immer gleich an die Behörde. Haltet euch ruhig.“

„Berliner Tageblatt“, 28. August.

### Nur für Offiziere!

An das bekannte Bibelwort aus Matthäus 25, 33 wird man wohl erinnern, wenn man von der klugen Musterung hört, die ein Heidelberger Professor dieser Tage unter den Damen hielt, die sich zur Verwundetenpflege gemeldet hatten und denen er Unterricht erteilen sollte. Er trat, wie uns berichtet wird, vor die Schar der Versammelten und begann: „Meine Damen! Diejenigen, welche sich der Pflege von Offizieren widmen wollen, bitte ich auf die linke Seite treten zu wollen, und die anderen zur rechten.“ Etwa sieben stellten sich zur Linken des Arztes auf. An diese wendete sich der Professor zuerst und sagte: „Sie können nach Hause gehen; für Damen, die nur Offiziere pflegen wollen, haben wir keine Verwendung und die Unterrichtszeit ist für die anderen Damen vollständig in Anspruch genommen.“

„Frankfurter Zeitung“, 28. August.

### Ein ausgeträumter Traum

Rom, 29. August. Die endgültige Abreise des Fürsten von Albanien aus Durazzo gilt, nach der „Tribuna“, als sicher. Da Oesterreich und Italien die Weiterzahlung der Darlehensvorschüsse ablehnen, ist der Fürst aller Mittel bloß. Er dürfte die Regierungsgewalt schon heute in die Hände der internationalen Kontrollkommission legen und über Brindisi heimreisen, um bei seinem in der Front stehenden Potsdamer Garde-Ulanen-Regiment einzurücken.

„Königsberger Hartungsche Zeitung“, 29. August.

### Kein Thronverzicht

Wien, 31. August. Fürst Wilhelm verläßt heute Albanien. Wie informierte Stellen mitteilen, weil Essad Pascha jetzt in Konstantinopel. Fürst Wilhelm leistet keinen ausdrücklichen Thronverzicht.

„Vossische Zeitung“, 1. September.

### Wilhelm vor dem Feind — in Koblenz!

(WTB.-Depesche.) Koblenz, 30. August. Hier ist überall folgende Bekanntmachung angeschlagen:

„Seine Majestät, unser allergnädigster Kaiser und König, haben mich zu beauftragen geruht, der Bürgerschaft der Residenz Koblenz für die während des hiesigen Aufenthalts Seiner Majestät zum Ausdruck gebrachte patriotische Gesinnung Allerhöchst seinen Dank auszusprechen . . .“

„B. Z. am Mittag“, 31. August.

**Ein Jahr Gefängnis**

Eine harte, aber gerechte Strafe hat ein Bergmann in Beuthen erhalten. Er hatte erzählt, die Kosaken seien in Oberschlesien eingedrungen, hätten Fernsprecheleitungen zerstört usw. Das Ratiborer Kriegsgericht verurteilte den Schwätzer zu einem Jahr Gefängnis.

„Hamburger Nachrichten“, 8. September.

**Ein Sieg**

Wien, 1. September. Prinzessin Luise von Belgien ist angewiesen worden, innerhalb 24 Stunden Wien zu verlassen.

„Berliner Tageblatt“, 1. September.

**Wenn das nicht hilft!**

Petersburg, 1. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Auf kaiserlichen Befehl wird Petersburg künftig Petrograd genannt werden.

„Deutscher Kurier“, 1. September.

**Sieh mal einer an!**

Wie bereits das bayerische Kriegsministerium, so hat auch jetzt das preußische Kriegsministerium die sozialdemokratische Presse für das Heer freigegeben.

„Berliner Tageblatt“, 2. September.

**Geben Sie Gedankenfreiheit!**

In England beginnt die Arbeiterbevölkerung drohend ihre Stimme gegen den Krieg zu erheben, der ihren Erwerb kürzt und ihre Ernährung erschwert. Die radikalen Friedensfreunde, deren Stimme jetzt noch wirkungslos verklingt, beginnen das Gewebe der Lügen zu zerreißen, durch welche die Regierungsmänner das Volk über die Wirklichkeit der drohenden Gefahren täuschen. Sind aber erst Grey und Churchill gefallen, so kann der Weg zu einer Verständigung auf neuer Grundlage mit England geebnet werden. (Theodor Schiemann in der „Kreuzzeitung“ vom 2. September.)

Auf diese Aeußerung antwortete die „Deutsche Tageszeitung“ mit einer scharfen Polemik, und die „Kreuzzeitung“ selbst schloß sich unter Verleugnung ihres hervorragenden Mitarbeiters der Meinung der „Deutschen Tageszeitung“ an. Seitdem hat Schiemann seine Mitarbeit an dem Blatte eingestellt.

**Die Verwirrung der Geister**

Die „Frankfurter Volksstimme“ bringt die befremdende Meldung, daß das Städelsche Institut, das nach vier Wochen seine Pforten nun wieder geöffnet hat, alle die Meisterwerke der französischen Kunst, die es in den letzten Jahren erworben, von ihren Plätzen entfernt habe.

„Frankfurter Zeitung“, 6. September.

**Ludwig Frank**

Straßburg, 5. September. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Ludwig Frank ist zur Front gegangen. Als seine Kompanie zur Bahn zog, gab es für Mannheims Proletariat kein Halten mehr; Männer, Frauen und Kinder brachten dem ausziehenden Genossen stürmische Ovationen dar. Es gab rührende Szenen und man rief dem wackeren freiwilligen Vaterlandsverteidiger ein herzliches Lebewohl nach. „Frank, wiederkommen!“ tönte es immer und immer wieder.

„Hamburger Fremdenblatt“, 3. September.

Im „Vorwärts“ lesen wir: „Bei einem Sturmangriff ist am Donnerstag, den 3. September, nachmittags 2 Uhr, der Genosse Dr. Frank in der Gegend von Lunéville (zwischen Lunéville und Epinal) gefallen. Er erhielt einen Kopfschuß und war sofort tot. Mit zwei Mannheimer Landwehrlenten zusammen liegt er bei Baccarat begraben. Er war nur einen einzigen Tag im Gefecht.“

„Tägliche Rundschau“, 8. September.

**Durch Gottes Gnade verwundet!**

Karlsruhe 12. September. Prinz Joachim telegraphierte an die Großherzogin Witwe Luise: Durch Gottes Gnade war es mir vergönnt, im Schrapnellfeuer für unser geliebtes Vaterland verwundet zu werden. Du kannst Dir denken, wie stolz ich bin; das Eiserne Kreuz zweiter Klasse wird mich stets an diesen schönsten Tag meines Lebens erinnern.

„München-Augsburger Abendzeitung“, 13. September.

**Schwarmgeister****Eine zeitgemäße Erinnerung**

Von Dr. Julian Marcuse

Sommer 1883, das Sozialistengesetz rodete aus, die wilde Jagd der Späher, Häscher und öffentlichen Ankläger raste, Ueberzeugung und Gesinnung waren geächtet, ihre Träger vogelfrei. Zürich wurde zur Zufluchtsstätte, wer nicht dahin flüchten mußte, zog die freiwillige Verbannung der Verfolgung vor, die Seele der Partei, ihr Organ und ihr Archiv, fanden gesicherten Boden. Die sozialistische Jugend rang nach Betätigung und Erkenntnis, wo anders konnte sie dies finden als in dem schweizerischen Asyl, dem Sammelpunkt der Geister und Akteure. Mit einem Kärtlein Wilhelm Liebknechts, das, an Eduard Bernstein gerichtet, nur die Worte enthielt: „Ueberbringer wünscht sich zu informieren“, wurde die Fahrt unternommen; in Hottingen, unfern von des „roten Postmeisters“ Motteler Standquartier, die Einführung vollzogen. Hottingen und Obersträß bildeten die politischen Ecken des deutschen Emigrantentums, dort die unausgesetzte praktische Arbeit im Parteidienst, hier, in den gastlichen Häusern Zadek und Lübeck, die überschäumenden Diskutierabende, die Treffpunkte der Intellektuellen aller Länder. Unvergeßlich die mütterliche Frauengestalt, die dem Hause Zadek die Weihe gab und tapferen Sinnes ihren Kindern in das Exil gefolgt war, und Haus an Haus Carl Lübeck, an Gliedern gelähmt, aber unerschrocken und ungebeugt sein Schicksal mit dem der Partei verknüpfend. Abend und Nächte wechselten zwischen dort und hier; trafen sich bei Zadeks vor allem die deutschen Sozialisten, so zog im benachbarten Quartier der Strom der Slawen ein; in der Atmosphäre von Tee und Zigaretten verbrüderte man sich. An meinem Auge ziehen vorüber Adolf und Heinrich Braun, Spiegler und Höchberg, Vjera Sarrulitsch und Ludwig Deutsch, v. Beust und Schramm, ihre Namen gehören zum großen Teil der Parteigeschichte an; viele sind vergilbt, fast alle verblaßt. Von diesem Boden ausgehend, entstand der Plan einer Zusammenfassung sozialistischer Studierender, sein Vollzug erfolgte durch die Begründung eines akademischen Vereins. Gleichgesinnte hatten sich gefunden, teils durch gelegentliche Berührung, teils durch Empfehlung alter Parteifreunde und Exilisten. Das Land der Freiheit, wie man die demokratische Republik der Schweiz in Sozialistenkreisen

auffaßte, bot aber nicht immer die volle Gewähr unbehinderter politischer Einstellung; allerdings waren es vornehmlich Reichsdeutsche konservativer Richtung, die Paragraphen und Möglichkeiten zur Niederhaltung sozialistischer Betätigung planmäßig ergriffen. So suchte der damalige Rektor der Universität, Prof. Klebs, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Gründung, die er an sich nicht verhindern konnte, zu unterminieren; unsere Anschläge am schwarzen Brett wurden abgerissen oder besudelt, Mitgliederverzeichnisse einverlangt und ähnliche Schikanen mehr. Demgegenüber besaßen wir in dem Hannoveraner Krüger, dem sein roter Bart zu dem Spitznamen der „rote Krüger“ verhalf, einen martialischen Kampfgenossen, dessen Brachialkraft, von der er ausgiebigen Gebrauch zu machen pflegte, manchem dieser Attentäter blaue Flecke und klatschende Schläge auf Gesicht und Wangen eintrug, während die Brüder Weiß, Pfarrerssöhne aus Königsberg, sie wanderten später als Aerzte nach Südafrika aus, mehr die geistig-intellektuelle Tonart vertraten.

In diesem Kampf mit Rektorat und einer Art deutschnationaler Verbindung, an deren Spitze der spätere Medikopharmazeut Hommel, der „Erfinder“ des Hämatogen, stand, tobten sich die ersten Anfänge der Vereinsgründung aus, sie hemmten aber nicht die rege Arbeit, die sich in Diskussionsabenden, Erörterung sozialwissenschaftlicher und philosophischer Probleme, gemeinsamer Lektüre grundlegender Werke usw. kontinuierlich fortsetzte. Gäste und Hospitanten wechselten in bunter Reihe ab, Volmar und Bernstein, Wilhelm Liebknecht und Bebel erschienen, nahmen teil an unseren Abenden und wirkten durch ihre Persönlichkeit wie durch ihre aktive Anteilnahme. So wurde der Verein mehr und mehr zum Mittelpunkt der sozialistischen Intellektuellen, seine Reihen vermehrten sich, seine Bedeutung im akademischen Leben der Züricher Universität wuchs. Bei dem Jubiläumsfest der alma mater im Juli 1883 bildeten wir eine beachtenswerte Gruppe, in deren Reihen Männer wie Reinhold Rüegg und Theodor Curti, die bekannten schweizerischen Journalisten, mitgingen. Als Ludwig Büchner nach Zürich kam, saßen an unserer Tafel anlässlich des ihm zu Ehren veranstalteten Kommerzes Jacob Moleschott, der greise Gelehrte, der Botaniker Dodel-Port und andere. Alle diese Erscheinungen aber, so sehr sie auch dem Prestige der zwar nicht mehr wie im Anfang tätlich angegriffenen, aber doch nach wie vor mit scheelen Augen angesehenen Vereinigung nützten, ziehen flüchtig vorüber, meine Erinnerung knüpft sich fester an einen jungen Studenten, der heute wohl im Höhepunkt seiner wissenschaftlichen Größe und seiner sozialen Stellung steht, an Walter Nernst. Der Wirkliche Geheime Rat und Ordinarius für Physik an der Universität Berlin, der die Würde des Rektorats bekleidete und, wenn ich mich nicht täusche, auch einmal Nobelpreisträger war, gehörte im ersten Semester seines Züricher Studienaufenthalts zu uns. Mindestens in loser Verbindung, denn er war der treue Seladon des oben erwähnten „roten Krüger“, neben dem Hünen mit der bärbeißigen Physiognomie lief der behaglich-schmunzelnde, allweg freudig ins Leben schauende kleine Nernst einher. Und ob nun die beiden, Ritter und Knappe, bei Fratelli Dorta ihren asti spumante reihenweise lernten — in der Trinkfestigkeit hielten sie sich Schach, und heute noch stehen sie beide mir in ihrer dem Charakter nach durchaus verschiedenen Alkoholreaktion lebendig vor Augen —, oder ob sie, mit Knotenstöcken bewaffnet, zu gemeinsamen Taten auszogen wie Don Quichotte und Ritter Pansa, das Paar bildete eine stereotype Erscheinung im studentischen Leben 1883. Ueber vierzig Jahre liegen diese Zeiten zurück, Exzellenz Nernst hat die höchsten Stellungen staatlicher Präponderanz errungen, seine Karriere kann durch meine Rückerinnerungen an seine „marxistische“ Durchgangsperiode also nicht mehr betroffen werden. Vielleicht —

ich habe keine Ahnung, ob und wie er politisch eingestellt ist — streift sein Rückblick in Jugend und Entwicklung noch ein oder das andere Erlebnis aus seiner Züricher Zeit, und wenn er diesen Gedanken begegnen sollte, dann möge er aus ihnen Menschliches, nur allzu Menschliches herauslesen!

## Rheinland und Militarismus

Von P. Mehlum

Rheinland und Ruhrgebiet sind für den Reichsdeutschen im unbesetzten Gebiet zurzeit noch Ausland. Er braucht zur Einreise deutschen Paß und Visum der Besatzungsbehörde, die sich beide in schamhaftem Formalismus hinter einem polizeilichen Personalausweis beziehentlich dem fremden „Geleitschein“ verbergen. Jeder Ausländer mit deutschem Sichtvermerk auf seinem Paß kann das besetzte Gebiet ohne weiteres betreten; der Deutsche bedarf dazu einer von der Besatzungsbehörde anzuerkennenden, keineswegs jedesmal anerkannten Begründung und muß den Geleitschein obendrein teuer bezahlen. Diese Bedingungen und Hindernisse schrecken manchen, eine Reise zu wagen, zu der ihn sonst Interesse und Teilnahme veranlassen können. Aber auch die herrschenden Vorstellungen von der allgemeinen Lage der Bevölkerung halten jene von der Einreise ab, die in normalen Zeiten aus Gründen der Touristik, der kulturellen Bereicherung oder der gesundheitlichen Notwendigkeit die landschaftlichen Schönheiten, die geschichtlichen Denkmäler und die Heil- und Erholungsstätten, besonders des Rheinlandes, aufgesucht hätten. Mancher Ausländer fehlt gewiß heute den rheinischen Heilbädern, die in einer geradezu erschreckenden Weise verödet liegen, heute, da er der mit der Markstabilisierung verbundenen Preissteigerung nicht gewachsen ist; die zahlungsfähigen Erholungsbedürftigen aus dem unbesetzten Gebiet scheuen jedoch, auch solange den meisten von ihnen das Ausland durch die Fünfhundert-Mark-Gebühr noch verschlossen war, die Fahrt in einen Landstrich, in dem die persönliche Sicherheit jeder Gewalt und Willkür der zivilen und militärischen Besatzungsbehörden ausgeliefert zu sein schien. Diese Auffassung und diese Praxis sind für das besetzte Gebiet nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen sehr bedauerlich, sondern auch aus Gründen der allgemeineren Politik und der Verständigung im besonderen, da sie den heutigen Zuständen nicht mehr entsprechen und auch selbst gegenüber den unleugbar noch bestehenden Ungerechtigkeiten und Härten nicht genügend scheiden und abstufen.

Entscheidend muß letzten Endes der Standpunkt der betroffenen Bevölkerung selbst sein. Schon über Paß- und Zollkontrolle beim „Grenz“-übertritt zirkulieren abschreckende Angaben. Mag sein, daß üble Laune manches Beamten unnötige Plackereien schafft. Man erlebt es aber ebenso oft, daß man den Ausweis nicht anders wie seine Fahrkarte vorweist, und daß das Gepäck ungeöffnet passiert. Man kann wochenlang als deutscher Tourist umherfahren, ohne irgendeiner polizeilichen Kontrolle, irgendeiner militärischen Belästigung ausgesetzt zu sein. Das französische Militär, dem man allenthalben reichlich begegnet, hält sich im Dienst wie außerhalb desselben sichtlich zurück, die Engländer bleiben vollends unauffällig, und nur in der belgischen Besatzungszone konnte man an einzelnen Figuren die Herausforderung der haltungslosen Unsicherheit beobachten.

Anders steht es allerdings mit dem Militär als Organisation, als politischem Instrument des bisherigen Regimes. Zunächst wimmelt es

noch überall von farbigen Truppen, gewiß nicht von Schwarzen, jedoch von Marokkanern, die jedoch jedem europäischen Milieu gleich fremd bleiben. In Wiesbaden, Mainz, Koblenz, Kreuznach, Bonn und Aachen sind sie zu finden, ja herrschen sie vielfach vor, in Trier tummeln sich noch Spahis. Man kennt den Grund: Frankreich mag diese europafremden Söldner nicht in seinen eigenen Grenzen dulden und kann andererseits seine eigenen Landeskinder nicht länger ohne starke Widerstände zu den Bütteldiensten im Rheinland aufbieten. Die Truppen sind nicht dort untergebracht, wo sie aus zwingenden militärischen Gründen liegen müßten, sondern dort, wo auch andern Sterblichen der Aufenthalt am angenehmsten sein würde. In stillen alten Badeorten wie Langenschwalbach liegen die Marokkaner in den Schulen, und um sie von dort entfernen zu können, muß der Staat für sie neue Kasernen bauen. In Bonn wird ein Sportplatz für die Truppe angelegt, nicht im freien Gelände, sondern mitten in der Stadt auf dem Platz vor dem alten Schloß, der Universität. Bekannt ist die große Anzahl von Villenbauten für die Offiziere; aber vielfach werden diese oft muster-gültigen Wohnungen als nach Lage und Ausstattung nicht genügend befunden, sie stehen leer, dürfen aber auch von den Einheimischen nicht bezogen werden — eine geradezu empörende Verschwendung von Arbeit und Material angesichts der Wohnungsnot im besetzten Gebiet, die durch die Unzahl der Ausgewiesenen noch gesteigert ist. Ganze Hotels sind nach wie vor beschlagnahmt und damit dem Fremdenverkehr, auf den zahlreiche Orte im wesentlichen angewiesen sind, entzogen. In verschiedenen Badeorten sind 50, ja 75 Prozent der früher für Fremde verfügbaren Betten durch die Besatzungsbehörden belegt, von dem Rest wird nur ein Bruchteil aus den angegebenen Gründen benutzt. Der berühmte Rheindampferverkehr, der sichtbarste Maßstab des Fremdenverkehrs, bietet dasselbe Bild der Verödung.

Die Einheimischen selbst beklagen die Tatsache der Besetzung als solche nicht so sehr, als vielmehr hauptsächlich die wirtschaftlichen Folgen. Denn die Zeit der körperlichen Uebergriffe und behördlichen Gewalttaten ist mit wenigen Ausnahmen seit Aufgabe des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet vorüber. Die letzten zerstörenden Ausläufer dieses Gewaltsystems waren die Separatistenputsche, deren Drähte das französische und das belgische Militär mitziehen half. Man darf hoffen, daß diese aussichtslosen Abenteuer endgültig vorüber sind, wenn auch an verschiedenen Teilen des Rheinlandes übereinstimmend von neuen Putschversuchen für die kommenden Wochen die Rede ist. Die betrübteten Lohgerber des Separatismus wollen die Spanne bis zur praktischen Auswirkung des Sachverständigenurteils und des ganzen Umschwungs in Frankreich noch einmal ausnutzen, um eine Chance zu gewinnen, ein Unternehmen, das jedoch zur Erfolglosigkeit verurteilt sein muß. Die Scheinerfolge der Separatisten waren überhaupt nur so lange möglich, als sich die französischen und belgischen Waffen vor sie stellten. Nicht nur die staatlichen und städtischen Behörden mußten mit gebundenen Händen den Raub und Plünderungen des politisch kostümierten Janhagels zusehen. Die Arbeiterschaft, die an allen Orten bereitstand, mit Gewalt gegen die Separatisten einzugreifen, bewies eine bewundernswerte Selbstbeherrschung oder wurde glücklicherweise durch das Abblasen des Putsches vor einem solchen Eingreifen in zwölfter Stunde bewahrt. Man wird auch heute besser noch nicht die Orte nennen, an denen solche verzweifelten Gegenaktionen dicht vor der Ausführung standen. Die kleinliche Rachsucht des bankrotten Besatzungsmilitarismus könnte noch im Abmarsch zu brutalen Schlägen ausholen. Aber überall dort, wo die Bevölkerung freie Hand hatte, hat sie an den Separatisten ein rücksichtsloses Gericht vollzogen. Unter dem Namen der „Schlacht am Aegidienberge“, der

Aktion bei Honnef, kennt man im Rheinland die Vorgänge, bei denen die Bevölkerung die abziehenden oder gefangenen Separatisten massakriert hat; auch in Aachen hat man einen durch eine Seitengasse abtransportierten Trupp der „Rathausstürmer“ in unbedachter Aufwallung verschwinden lassen. Und gegenüber diesen vollzogenen Tatsachen hat sich kein französischer oder belgischer Militär noch zu rühren gewagt.

An dem Mißlingen des Separatismus gebührt das entscheidende Verdienst der rheinischen Bevölkerung selbst. Man hätte ihr im schlimmsten Falle eine Gewaltherrschaft bewaffneter Strolche unter dem Protektorat der Besatzungstruppen aufzwingen, aber sie niemals zur Beteiligung an einem vom Reiche zu lösenden Rheinstate bringen können. Man kann an allen Orten und bei allen Parteien herumhören, und überall fast wörtlich der gleichen Auffassung begegnen, die ebenso nüchtern wie echt, ebenso entfernt von Reichsverdrossenheit wie von Lippenpatriotismus ist: „In der ersten Zeit nach dem Frieden, als die Franzosen es mit der sanften Hand versuchten, hätten sie das Rheinland für ein Butterbrot haben können. Jetzt hat der französisch-belgische Militarismus durch seine kurzsichtige, kleinliche Politik der offenen Brutalität und der geheimen Nadelstiche alles getan, um die Rheinländer endgültig an Deutschland zu ketten.“ Dieser französischen Militärpolitik auf deutschem Boden haben die französischen Wahlen ein vernichtendes Urteil gesprochen, und die ersten Kundgebungen des Kabinetts Herriot lassen keinen Zweifel daran, daß eine selbständige oder souveräne Politik des französisch-belgischen Militarismus der Vergangenheit angehört. Es mögen noch, ehe dieser neue Geist bis an die unterste militärische Befehlsstelle durchgedrungen ist, manche Uebergriffe, letzte Versuche der Separatisten geschehen; für die summarische politische Berechnung scheiden sie aus.

Wenn trotz aller Nöte und Unbilden, die das Besatzungsmilitär und ihre separatistischen Freischärler der rheinischen Bevölkerung zugefügt haben, diese ohne zu klagen ihr Dasein zu führen vermag, so liegt das in erster Linie an einem Umstand, der im unbesetzten Gebiet wenig oder gar nicht bekannt geworden ist: daß nämlich die fremden Zivilbehörden sich in sehr loyaler Weise und durchgehend in scharfem Gegensatz zu ihren eigenen Militärbehörden zu der Bevölkerung zu stellen wußten. Die Eindrücke von Liberalität, Objektivität, Respektierung der menschlichen und wirtschaftlichen Interessen der unterstellten Bevölkerung, von offener Kritik der unverständigen und zweckwidrigen Militärpolitik, die man in Unterredungen mit verschiedenen der Oberdelegierten und Kreisdelegierten an den verschiedensten Orten des Rheinlandes gewinnen konnte, dürften an sich nicht höher eingeschätzt werden, als Kundgebungen, die auf das Wohlwollen der Publizistik berechnet sind. Aber es ist mir ebenso ausnahmslos von Privaten und amtlichen Stellen, von Angehörigen sämtlicher bürgerlicher Parteien — die Parteigenossen lasse ich hier außer acht — bestätigt worden, daß auch die Praxis in jeder Weise diesen programmatischen Bekenntnissen der französischen und belgischen Zivilkommissare entsprochen habe. Gewiß können auch die Zivilbehörden nicht ihr Mandat verleugnen und ihre Befehle von der hauptstädtischen Zentrale, die oft genug vom Geist des Militarismus gefärbt waren, ignorieren; aber im Rahmen ihrer Befugnisse haben sie alles getan, um der Bevölkerung das Dasein erträglich zu machen und zu diesem Zweck den Machenschaften des Militärs entgegenzutreten. So wurde an einer Stelle ganz offen die Beteiligung des Militärs an einem lokalen Separatistenputsch zugegeben, wenn auch mit verwaltungspolitischer Unkenntnis teilweise entschuldigt, so wurde die Unfähigkeit des Durchschnittsfranzosen, das Wesen anderer Völker zu verstehen gegeben, und ein Umlernen dringend verlangt, so wurde in einem besonders drastischen Fall einem deut-

schen Beamten gegenüber der militärische Kollege des betreffenden Zivilkommissars als „unser gemeinsamer Feind“ bezeichnet.

Alle diese Erfahrungen sprechen dafür, daß nach dem zu erwartenden Fall der militärischen Vorherrschaft im besetzten Gebiet Zustände eintreten werden, die unter den durch den Friedensvertrag gegebenen Voraussetzungen als erträglich empfunden werden können. Damit aber das Militär in den künftigen Verhandlungen und Beziehungen an die zweite Stelle rückt, ist es nicht nur notwendig, daß das neue französische Regime dazu bereit ist, sondern auch, daß der bei uns ins Unermeßliche und Unerträgliche gesteigerte Kriegerversammlung der Völkischen, Stahlhelmlaute usw. endlich ernsthaft eingedämmt wird. Es ist nicht verwunderlich, mit welcher allgemeinen Ablehnung, ja Unwirschheit der Rheinländer auf diesen billigen Maulpatriotismus sieht, der weit vom Schuß zu gewaltsamen Taten auffordert und nicht imstande wäre, dem Gegner wirklich gegenübergestellt, mit ihm zu irgendeinem positiven Ergebnis zu gelangen. Das Wort des Reichskanzlers Marx, er wünsche diesen Großsprechern einmal fremde Besatzung, wird im Rheinland überall richtig verstanden und deshalb gebilligt. „Die Herrschaften sollten doch einmal selbst hierher kommen und sehen, ob wir überhaupt existieren könnten, wenn wir nicht verhandelt, sondern uns glatt abweisend gestellt hätten.“

Die Bevölkerung im besetzten Gebiet führt in Wahrheit den einzig möglichen Abwehrkampf gegen die Besatzung. Sie stehen in Wirklichkeit in der Front, während die Stahlhelmrasseler die berüchtigte Rolle der durchhaltenden Etappenschweine spielen. Sie allein mit ihrer mehr oder weniger ernst zu nehmenden, in jedem Falle gegen die Republik gerichteten Rüstungen bilden im Augenblick die größte Gefahr für das besetzte Gebiet. Ihr Gehaben wird für die Uebelwollenden oder auch nur die Argwöhnischen auf der anderen Seite immer wieder ein Grund sein, die Militärkontrolle zu verschärfen, und allein aus der Notwendigkeit dieser Maßnahme die Notwendigkeit entsprechender Gegenmaßnahmen, d. h. der Aufrechterhaltung des militärischen Regimes, zu fordern. Die Ausrottung der illegalen Verbände bei uns ist in dem sonst so günstigen gegenwärtigen Augenblick die wichtigste Voraussetzung für eine Befreiung der besetzten Gebiete.

## WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

### Die Tantiemen der Aufsichtsräte

#### Fast alle Aktien ertraglos

Die Handelspresse der letzten Wochen war ausgefüllt von Berichten über Abschlüsse der Aktiengesellschaften. Die Aktionäre nehmen die diesjährigen Abschlüsse mit saurem Gesicht entgegen. Nur wenige Unternehmungen erklären sich in der Lage, eine Dividende verteilen zu können. Die errechneten Ueberschüsse werden mit ganz wenigen Ausnahmen auf neue Rechnungen vorgetragen. Daß bei dieser Situation den Aktionären nicht ganz wohl zu Mute ist, kann man menschlich begreifen. Die Reden der Vorsitzenden in den Generalversammlungen sind fast immer auf denselben Ton gestimmt: Die Geldentwertung habe das Kapital aufgezehrt, eine Dividende könne nicht zur Verteilung gelangen, die geschäftlichen Aussichten seien wenig günstig usw. Die Aktionäre werden auf die Eröffnung der Goldbilanz vertröstet, auf deren Basis zukünftige Erträge zu erwarten seien. In den Generalversammlungen kommt es deshalb öfters zu stürmischen Auftritten, da die Herren Aktionäre nicht so ohne weiteres gewillt sind, die sorgsam frisierten Bilanzen

kritiklos entgegenzunehmen, sondern Aufschlüsse über diesen oder jenen Punkt verlangen. Namentlich die Kleinaktionäre opponieren in der Regel sehr scharf, doch werden sie von den Großaktionären, deren Vertreter im Aufsichtsrat sitzen und die auch sonst über alle inneren Angelegenheiten des Unternehmens orientiert sind, niedergestimmt. Angesichts dieser Situation ist der gegenwärtige Tiefstand der Aktienkurse kein Wunder. Jeder Besitzer von Bargeld vermag heute bei den exorbitant hohen Zinssätzen gute Gewinne zu erzielen. Der Besitzer von Aktien wird auf die Zukunft vertröstet. Uebrigens ist er vollkommen im unklaren, auf welcher Basis die Zusammenlegung der Aktien bei der Aufstellung der Goldbilanz erfolgt. Die jetzt herauskommenden Goldbilanzen sind denkbar undurchsichtig gehalten. Allgemeine Schlüsse auf den Status der Gesellschaften usw. sind daraus schlecht zu ziehen. Doch ist mit Sicherheit anzunehmen, daß bei den meisten Unternehmungen reichlich Vorsicht bei der Aufstellung der Goldbilanzen obwaltete, so daß die innere Konsolidierung mit den Klagen in den Sitzungen in keinem Verhältnis steht. Die späteren Abschlüsse werden darüber aufklären, daß die vorhandenen Reserven bei der letzten Papiermarkbilanz wenig in Erscheinung traten. Sie sind in unsichtbaren Kanälen versickert.

#### Trotzdem hohe Tantiemen für Aufsichtsräte

In keinem Verhältnis mit den ertraglosen Aktienpapieren steht in den meisten Fällen die Entschädigung der Aufsichtsräte. Geradezu hahnebüchene Fälle sind hier in den letzten Wochen bekannt geworden. Greifen wir aus der Fülle des Materials einige markante Fälle heraus. Die Generalversammlung der Bergbau A.-G. Lothringen änderte die Satzung, daß der Aufsichtsrat eine feste Vergütung von jährlich 60 000 M. erhält, außerdem stehen ihm 10% des nach Verteilung von 4% Dividende verbleibenden Ueberschusses zu. Lothringen ist eine reine Bergbaugesellschaft, — wie soll man sich neben solcher Noblesse gegenüber dem Aufsichtsrat die schlechte Lage des rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaus erklären? Bei der Fabrik für Blechemballage O. F. Schaefer Nachf. A.-G., Berlin, erhielt jedes Aufsichtsratsmitglied 1000 Goldmark. Außerdem wurde in der Generalversammlung bekannt, daß der Aufsichtsrat 15 Aktien aus der letzten Emission als Vergütung für seine Anstrengungen im verflossenen Jahr erhalten habe. Die Mitglieder des Aufsichtsrats bei der Maschinenfabrik Schubert & Salzer, Chemnitz, erhielten je 3000 M., der Vorsitzende das Doppelte. Die Steuern wurden außerdem von der Gesellschaft getragen. Für das laufende Jahr wurden dem Aufsichtsrat in derselben Versammlung 100 000 M. bewilligt. Das ergibt pro Kopf eine Summe von 12 500 M., die im voraus gezahlt wurde. Ein feines Geschäft, auf einem Brett 15 500 M. zu erhalten! Und dies für eine Tätigkeit, die sicher nicht anstrengend zu nennen ist. Die Norddeutschen Eiswerke A.-G. schlossen das Geschäftsjahr mit einem Reingewinn von 67 000 M. ab. Der aus fünf Köpfen bestehende Aufsichtsrat erhielt insgesamt 24 000 M., außerdem 10% vom Reingewinn, ergibt zusammen 30 700 M. Man zahlte also dem Aufsichtsrat eine Vergütung, die fast die Hälfte des Reingewinns ausmachte. Der fünfköpfige Aufsichtsrat der Westfalen-Bank A.-G. konnte eine Entschädigung von 25 000 M. einstecken. In eine Tantieme von 50 000 M. teilten sich sieben Personen bei der A.-G. für Feinmechanik vorm. Netter & Scheerer in Tuttlingen. Es wird kaum notwendig sein, die Liste fortzusetzen. Bei den Großbanken erhielt jedes Aufsichtsratsmitglied rund 5000 M. Bei der gegenwärtigen allgemeinen Not wächst sich diese hohe Entschädigung für einen verschwindend kleinen Teil der Bevölkerung geradezu zu einem Skandal aus.

**Die Arbeiterlöhne als Vergleich**

Im allgemeinen kann man also feststellen, daß die Aktiengesellschaften bei der Gewährung von Aufsichtsratsentschädigungen mehr als nobel verfahren. Auf den Widerspruch zur Festsetzung von Dividenden wiesen wir oben bereits hin. Wie steht es nun mit den Arbeiterlöhnen? Im Vergleich mit anderen Industriestaaten zählen die deutschen Arbeiterlöhne zu den niedrigsten. Lächerlich geringe Verdienste wurden bei der Umstellung auf Goldbasis festgesetzt. In harten Kämpfen versuchte die Arbeiterschaft diese Hungerlöhne zu erhöhen; ihre Vorstöße endeten aber meistens mit einem Mißerfolg, weil die Stoßtruppen der Arbeiter, die Gewerkschaften, durch die Inflation kampfunfähig geworden sind. Immer und immer wieder wurde den Arbeitern in allen Tonarten gepredigt, daß sie billig arbeiten müßten, weil die Preise der deutschen Produkte über denjenigen des Weltmarktes lägen und ein Absatz nur erzielt werden könne, wenn die Produktionskosten niedrig zu halten seien. Wenn die Arbeiter sich damit nicht einverstanden erklärten, wurden die Betriebe einfach stillgelegt. So glaubte man zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Indirekt wollte man nämlich durch solche Gewaltstreich die Reichsbank in der Kreditgewährung gefügig machen oder die Regierung zu Steuernachlässen zwingen. Die Kohlenunternehmer z. B. drohten, ihre Betriebe zu schließen, weil der Bergbau die hohen Arbeiterlöhne nicht tragen könne. Die Folge war, daß die Regierung ihnen einen Teil der Micumlasten abnahm und sich auch sonst zu Zugeständnissen bereit erklärte. Als dies geschehen, wurden die Betriebe nicht nur nicht stillgesetzt, sondern überdies die Kohlenpreise um 20% ermäßigt. Daß es auch noch andere Gebiete gibt, auf denen gespart werden könnte, beweist die Festsetzung der Tantiemen für die Aufsichtsräte.

Hungerlöhne auf der einen und aufreizende Tantiemen auf der anderen Seite. Ein Kontrast, der in unsere Zeit paßt, wie die Faust aufs Auge!

*Mercur.*

**RANDBEMERKUNGEN****Kleine Anfragen**

*Die Fahne des 3. August.* Am 3. August soll eine Gedächtnisfeier für die Opfer des Krieges veranstaltet werden. Die Leitung hat der Reichsminister des Innern, Herr Jarres. Bei dieser Toten-Krüppel-Witwen- und Waisen-Ehrung sollen, wie es heißt, alle Gegensätze vergessen sein. Es soll weder über die Kriegsschuld noch den Friedensvertrag, noch das Sachverständigengutachten geredet werden. Die Toten sollen herrschen. — Soweit könnte man sich mit dieser Veranstaltung, ohne grundsätzlich mit ihr einverstanden zu sein, und ohne vor allem die Zweckmäßigkeit des Zeitpunktes anzuerkennen, schließlich abfinden. Man würde ihr herzlich zustim-

men, wenn man nicht fürchten müßte, daß dahinter weniger Respekt vor den Toten, weniger Ehrfurcht vor dem deutschen Volk als schäbige Angst vor den Völkischen steht. Solche Annahme wird fast zur Gewißheit, wenn man sich mitteilen läßt, daß ernstlich beschlossen sein soll, während dieser Veranstaltung keine Fahne zu zeigen, auch nicht die Reichsfahne. Und zwar darum nicht, weil man nicht verhüten könne, daß gewisse Verbände Schwarz-weiß-rot aufziehen würden. Ist dem so, dann würde diese Totenehrung nichts anderes sein als ein neues Stück Totengräberarbeit an der deutschen Republik. Wir richten darum an den Reichsinnenminister die strikte Frage, ob am 3. August sich die

Reichsflagge vor den Opfern des Krieges senken wird, oder ob die Flagge des 3. August die Flagge der Feigheit, der überspitzten Schlaueit, die Flagge der Hilflosigkeit deutscher Minister sein soll.

*Die Schnapsdeutschen.* Der völkische Mörder Tebe erklärte: „Wir spielten zunächst Skat im Schnapsladen und dann kam das Gespräch darauf, ein bißchen Propaganda für die Wahlen zu machen. Mit der Schablone ‚Wählt Wulle‘, Teerfarbe und Pinsel machten wir uns auf den Weg.“ Und dann schoß er. Bleibt zu fragen, ob die Schnapslagen, die im Rathenau-Prozeß, im Harden-Prozeß, im Scheidemann-Prozeß, kurz bei allen völkischen Morden eine entscheidende Rolle spielen, nicht das innerste Wesen dieser Gattung von Deutschen erhellen, und ob es darum nicht berechtigt sei, von Schnapsdeutschen zu sprechen.

*Der Sowjetstern im Gerichtssaal.* Das tapfere Verhalten des Amtsgerichtsrats Friedländer ist bald verwässert worden. Wie es scheint, darf das Hakenkreuz im Gerichtssaal getragen werden, wenn dies nicht in aufreizender oder pöbelhafter Weise geschieht. Ich dürfte also das Hakenkreuz zweifellos nicht im Gerichtssaal tragen, da ich es mir nur an den Popo hängen könnte. Es bleibt aber zu fragen, ob die deutschen Richter mit der gleichen Milde auch das Tragen des Sowjetsterns auf linker Heldenbrust gestatten würden.

*Können deutsche Studenten sich schämen?* Die „Deutsche Tageszeitung“, deren Chefredakteur noch immer dickhäutig genug ist, dem Reichsverband der deutschen Presse vorzusitzen, schrieb: „Bringen die Wahlen der Berliner Universität den drei völkischen Gruppen die Zweidrittel-Mehrheit, so wird endlich der unwürdige Zustand aufgehoben, daß auf der größten deutschen Hochschule über den Begriff

Deutsch, über die Zugehörigkeit zum deutschen Volke und über selbstverständliche Aufgaben des deutschen Studenten mit Juden in der studentischen Vertretung herumgestritten werden muß.“ Die Zweidrittel-Mehrheit haben die „Deutschen“ nicht bekommen. Hoffentlich nutzen die übrigen dies Ergebnis tatkräftig aus. Aber die Frage bleibt: Wissen diese deutschen Studenten nicht, daß jeder von ihnen dem Staat ein erhebliches Geld kostet und daß zu diesen Kosten die Steuer der jüdischen Staatsbürger ihr gerechtes Teil beitragen? Sind diese deutschen Studenten so verblödet und so schamlos, daß sie sich wohl tun lassen und zum Dank tun wie die Hunde am Eckstein? Da dem so zu sein scheint, gebührt diesen deutschen Studenten auch das, was Hunden zukommt: die Peitsche.

**Wer sprach diesen Quatsch?**

„Was ist uns diese Feier: Eine Ehrung für den Ermordeten, ein Ansporn für die Lebenden, ein Mahnzeichen deutscher Verkommenheit und Schmach, ein Wahrzeichen des Lebens- und Opferwillens des deutschen Volkes. Schlageter hat uns gezeigt, wie der Deutsche für sein Vaterland zu leben und zu sterben hat. Wir ehren und bewundern sein heldisches Sterben im christlichen Glauben. Es war aber nur die Krönung und würdige Vollendung eines Heldenlebens. Dieses Heldenleben soll unser Ansporn sein, denn auch wir haben für das Vaterland zu leben. Das Sterben kommt jetzt erst in zweiter Linie.

Albert Leo Schlageter zehrte die Not und die Schmach des deutschen Menschen, des von ihm so heiß geliebten deutschen Volkes und Landes. In ihm lebte der begeisterte Drang, sich demgegenüber mit heißem Freiheitswillen, mit der Tat einzusetzen. Nach dem Weltkrieg reichte er sich im richtigen Frontgeist und richtigem völkischen Denken in die Reihen der deutschen Freiheitskämpfer ein; er strafte die Minister, die heute ver-

künden, daß das deutsche Volk wehrlos sei, Lügen.

Er zeigte uns, daß wir keine geschriebenen Gesetze gebrauchen, die den deutschen Menschen in den Dienst des Vaterlandes stellen, sondern daß es noch festere Gesetze gibt, Sittengesetze tiefen Inhalts, daß nämlich das selbstlose Aufgehen in den Dienst der Freiheit, Gut und Blut einzusetzen, die erhabenste Pflicht jedes Deutschen ist, nicht durch begeisterte Reden, sondern in mutigen Taten des täglichen Lebens in Zucht und Beharrlichkeit, trotzdem aber mit heiß wallendem Blut und schlagendem Herzen fest im Glauben an Gott.

Schlageter führte nicht zum Ziele; auf Befehl des Vatikans, und das war ein schwerer politischer Eingriff Roms, wurde der Widerstand im Ruhrgebiet eingestellt. Nichts war gerettet, wie im Weltkrieg waren wieder deutsche Soldaten gefallen, ohne dem Vaterland die Freiheit gebracht zu haben. Wir sind fest entschlossen, trotzdem und gerade deshalb diesen Weg der Freiheit, der Befreiung von unseren Bedrückern, von den internationalen Geldmächten, von den inneren Volksverderbern weiter zu gehen. Wir wissen, wie furchtbar dieses Ringen ist und wird, wir haben diesen Kampf nach vielen Fronten zu führen, das liegt nicht in unserem Willen, sondern an dem unserer Feinde.

„Haltet aus im Sturmgebraus!“ Das rufe ich dem deutschen Volke zu. Das war das Lied, mit dem wir am 9. November 1923 vor der Residenz in München vorbeizogen, als die todbringenden Schüsse fielen. Seitdem ist das Lied mein Wahlspruch. Mag es der Wahlspruch des Volkes sein. Das ganze Volk muß dabei sein. Einzelne erreichen dieses Ziel nicht, sondern nur die Masse der festzusammenstehenden deutschen Freiheitskämpfer, zu diesem Beginnen erbitten wir Gottes Segen.

Laß Kraft uns erwerben  
Mit Herz und mit Hand  
Zu leben und zu sterben  
Fürs deutsche Vaterland.“

Nochmals: Wer sprach diesen Quatsch? Ratet! Selbst die Lösung steht Kopf.

⌋ ⌋ ⌋ ⌋ ⌋ ⌋ ⌋ ⌋ ⌋ ⌋ ⌋ ⌋  
R. Br.

#### Der Fall Willstätter

Die Zersetzung der Münchener Atmosphäre schreitet hemmungslos weiter, die Rezeptur der noch nicht reichsgesetzlich anerkannten Judenordnung wird sinngemäß, wo nur einigermaßen indiziert, angewandt. Vor zwei Jahren graulte man Bruno Walter von seinem Dirigentenpult fort, in dem Triumph dieses Verdienstes sonnen sich heute noch ein halbes Dutzend armseliger Komödianten, die ihre Unfähigkeit hinter der nationalsozialistischen Schminke zu bergen bestrebt sind, und im Augenblick ist es einer der glänzendsten Vertreter deutscher Wissenschaft, der das „geistige“ München zu verlassen im Begriff steht. Richard Willstätter, der Nachfolger von Justus v. Liebig und Adolf v. Bayer, der seit 1916 das Lehramt für organische Chemie an der Münchener Universität bekleidet, ist zurückgetreten, weil ihm das Verhalten der Fakultät als nicht mehr vereinbar mit den Aufgaben und Pflichten dem Parteiwesen entrückter Hochschullehrer erscheint. Seit etwa zwei Jahren — chronologisch fällt es mit dem Aufstieg des Nationalheros Hitler zusammen — machen sich im Lehrkörper der Universität verschärfte Bestrebungen geltend, den Zuzug jüdischer Professoren fernzuhalten, bei der Besetzung des Lehrstuhls des Aegyptologen v. Bissing durch Professor Spiegelberg suchte dies der Senat entgegen der Abstimmung der Fakultät durchzudrücken, allerdings ohne Erfolg, bei der Wahl eines Nachfolgers für Wölfflin gelang es. In der allerjüngsten Zeit stand die Besetzung der Professur für Mineralogie in Frage, der an erster Stelle präsentierte Professor Goldschmidt, zurzeit in Christiana, eine allgemein anerkannte Autorität, kam nicht auf die Vorschlagsliste, weil er — Jude ist.

Dieses Treiben politisch eingestellter Fachkollegen hat einen Mann, den wie Willstätter strengste Objektivität beseelt, und der seine Lebensaufgabe einzig und allein in exakter Forschung und deren Vermittlung an seine Schüler erblickt, derart angewidert, daß er Lehramt und wissenschaftliche Tätigkeit an einem der hervorragendsten Institute Deutschlands freiwillig aufgibt. Wenn akademische Anschläge am schwarzen Brett die Forderung aufstellen, daß an öffentlichen Unterrichtsanstalten keine jüdischen Lehrkräfte mehr geduldet werden sollen, dann übermannt fein empfindende Naturen der Ekel, und sie überlassen das Feld dieser Verunglimpfungen den Marodeuren.

Die Münchener Universität hat diese Lektion redlich verdient, ihre Entgeistigung geht im gleichen Schritt mit dem Niedergang aller anderen künstlerischen und wissenschaftlichen Institutionen. Von Kapua zu Abdera ist es nur eine räumliche Trennung, auf den Trümmern einer einstigen klassischen Kultur baut sich das völkische Reich der Herren Hitler und Ludendorff auf.

Julianus.

#### Gewehre auf Reisen

„Gewehre auf Reisen“ (Malik-Verlag, Berlin) nennt Lania ein Büchlein, das den Bodensatz unserer brüchigen Gesellschaft und insbesondere der völkischen „Helden und Händler“ aufwühlt. Die zwölf kurzen novellistischen Skizzen handeln von Waffenschiebungen „nationaler“ Hochstapler, von allerlei grotesken Schiebungen und Luftgeschäften, von „völkischen“ Bankgründungen und Pleiten und andern mysteriösen Geschichten, meist mit politischem Einschlag. Der russische Staatsrat von Rubinstein und Oberleutnant Roßbach, Rittmeister von Lustig und der Ochranageral Kommissarow, der Führer des Jungdeutschen Ordens Oberleutnant Marauhn, Knüppel-Kunze, der Seeckt-Attentäter Thormann als Waffenschieber, Max

Naumann als Finanzier der „Freischar“ Schill . . . das sind nur einige Namen und Stichworte aus dem Gespensterreigen der „Gewehre auf Reisen“.

Die literarische Form des Büchleins darf keinesfalls dazu verleiten, den Feststellungen und Anklagen Lantias unter dem Vorwand auszuweichen, daß das Buch mehr Dichtung als Wahrheit sei. Lantias Behauptungen über Bestechlichkeit von Beamten und ihre Zusammenhänge mit internationalen Waffenaufkäufern und Lockspitzeln der interalliierten Militärkommissionen sind so schwerwiegend, daß die Behörden eigentlich nicht schweigen können. Und da ein Vertuschen den außenpolitischen Schaden ver Hundertfachen würde, muß endlich der auswärtige Ausschuß des Reichstages eingreifen, etwa durch Einsetzung einer Enquete-Kommission, die in vollster Öffentlichkeit diese Eiterbeule aufsticht und den Vorwurf zunichte macht, daß der Unfug der Heimlichtuerei in Waffensachen von deutschen Behörden gedeckt wird.

Bekanntlich sind die lächerlich kleinen, illegalen Waffenbestände in Deutschland den alliierten Militärkontrollleuten genau bekannt; erst die geistreiche deutsche Justiz macht aus der Harmlosigkeit eine Affäre, indem sie Landesverratsverfahren einleitet gegen Männer, die den Unfug aufdecken, daß unter der Maske des Nationalismus die monarchistische Restauration vorbereitet wird. Damit erreichen die deutschen Gerichtsbehörden genau das, was sie verhindern wollen, nämlich die Bestätigung der Behauptungen, daß die deutschen Behörden die Gesetzesverletzungen begünstigen.

Nach dem Erscheinen des Buches von Lania und der „Verschwörer“ von Gumbel ist ein weiteres Vertuschen nun wirklich völlig sinnlos geworden; die Fortsetzung der Zweideutigkeit ist der wahre Landesverrat!

Puttkamer.

### Hakenkreuz und Davidstern im Berliner Straßenpflaster

Acht Jahre lang, von 1910 bis 1918, hatte ich das Vergnügen, die Plenarsitzungen des preußischen Landtags mitmachen und auch den Ausschlußberatungen folgen zu müssen. Viele hundertmal habe ich den Seiteneingang neben dem Garten des damaligen Kriegsministeriums benutzt, aber erst jüngst entdeckte ich, daß das Pflastermosaik an jener vielbegangenen Stelle mit einem soliden Hakenkreuz abschließt. Es ist natürlich nicht erst jetzt schwarz in graugrau eingelegt worden, es war schon immer da, aber früher kannte man dieses Dekorationsmoment noch nicht als gerichtssaalmäßiges Parteiabzeichen. Es ist darum auch durchaus unwahrscheinlich, daß etwa die hochseligen Herren Dreiklassenjunker einst dieses Zeichen etwa als Sozischreck hätten anbringen lassen, wie die Alten das Pentagramm an ihrer Schwelle gegen böse Geister. Jedenfalls hat es die Sozi nicht vom Dreiklassenhaus fernhalten können.

Und wenn man auf dem Wilhelmplatz in die Untergrundbahnstation Kaiserhof hinabsteigen will, dann trifft der sinnend zu Boden gerichete Blick vor dem Treppengang im Pflaster auf eine ganze Sammlung stilgerecht angeordneter sechseckiger Sterne, wie sich die Zionisten sie als „Mogen-Dowid“, als Davidsstern, zum Wappen erkorren haben. Als man das Pflaster solcherart schmückte, hat man gewiß auch nicht daran gedacht, die Herren Antisemiten von der Benutzung der Untergrundbahn abzuschrecken.

Hakenkreuz und Davidstern sind beides altehrwürdige, beides sogar altjüdische Schmuckmotive; sie werden vermutlich Hiltlerei wie Zionismus überdauern. *ri. bn.*

### Notleidende Industrie

Die Ilseder Hütte hat jetzt ihre Eröffnungsbilanz in Goldrechnung bekanntgegeben. Danach ist gegenüber 1913 das Aktienkapital

von 15 auf 40 $\frac{1}{2}$  Millionen Goldmark hinaufgesetzt worden, die Rücklagen von 2,26 auf 4,5 Millionen Goldmark; auf der anderen Seite ist aus einer Obligationsschuld von 6 Millionen mit Hilfe der Geldentwertung ein bescheidener Rest von 430 000 Goldmark geworden. Außerdem sind die Werksanlagen um 18, die Beteiligungen um 13 Goldmillionen höher in die Bilanz eingesetzt. Schließlich führt die Bilanz noch eine Rückstellung für Aufwertungs fonds usw. im Betrage von 10 und ein Ausgleichskonto von 26 Goldmillionen auf. Aus diesen beiden soll eine Aufwertung des Goldkapitals um weitere 60%, d. h. auf 64 Millionen, und eine Auffüllung der Rücklagen auf 6 $\frac{1}{2}$  Millionen bestritten werden. Es handelt sich also um ein Unternehmen, dessen Bilanz bis zum Platzen mit Goldwerten vollgestopft ist.

1913 figurierten unter dem Passiva auch 4,89 Millionen Goldmark Guthaben der Personal-Sparkasse; diese stehen jetzt nur noch mit 1,26 Millionen Goldmark zu Buch. Das Personal hat also, sei es durch schlechte Löhne und Gehälter, sei es durch die Geldentwertung, drei Viertel seiner Sparkassenguthaben, soweit sie in dem Werk stecken, verloren. Um so seltsamer berührt es, daß dieses reiche Werk, das 1913 Wohlfahrtsfonds in Höhe von 2,34 Millionen Goldmark, also in Höhe von einem Sechstel des Aktienkapitals auswies, jetzt Wohlfahrtsfonds im Betrage von null Goldmark verzeichnet. Offenbar geht es den Arbeitern und Angestellten des Werks so glänzend, daß selbst der ganz ungewöhnliche Reichtum diese Unternehmung nicht verpflichtet, für die Wohlfahrt derer, die ihren Reichtum geschaffen haben, etwas auszuwerfen.

Woraus man wieder einmal sieht, daß wir in der kapitalistischen wirklich in der besten und menschlichsten aller möglichen Welten leben.

H. K. (H.)

### Anna Geyer: Die Frauenerwerbsarbeit in Deutschland

(Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena. 2 M.)

Auf der Grundlage verschiedener Statistiken gibt die Verfasserin ein Bild über die Entwicklung, Ausdehnung und Wirkung der Frauenerwerbsarbeit. Ein Vergleich der Vorkriegszeit mit der Kriegs- und Nachkriegszeit zeigt, daß erst während des Krieges die Frauenarbeit als vollwertige Ergänzung der Männerarbeit de facto anerkannt wurde. Es ist bezeichnend für die Unfähigkeit der wirtschaftlichen Kriegsführung, daß bis 1916 das Angebot die Nachfrage am weiblichen Arbeitsmarkte überwog, ferner aber auch für das vaterländische Empfinden gewisser Unternehmer kennzeichnend, daß die Frauenarbeit auch bei Stücklohn minder hoch bezahlt wurde, als vollkommen gleiche Männerarbeit. Durch den Krieg ist nun weniger eine Vermehrung der Zahl der beschäftigten Industriearbeiterinnen eingetreten, als eine erhöhte Vermehrung der weiblichen Arbeitsgebiete. Andererseits sind aber auch die männlichen Arbeitskräfte in Gebiete eingedrungen, die früher fast ausschließlich den weiblichen Arbeitskräften vorbehalten waren.

Nahezu die Hälfte aller beruflich tätigen Frauen ist in der Landwirtschaft beschäftigt, zu den denkbar ungünstigsten Bedingungen, im allgemeinen beträgt der Lohn einer Arbeiterin (Magd usw.) nur 40% des Lohnes ihres männlichen Kollegen. Hieraus erklärt sich auch die „Landflucht“ unter normalen Verhältnissen und die Schwierigkeit der Arbeiterbeschaffung. An Hand einer umfassenden Zusammenstellung wird gezeigt, daß, je kleiner der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte im Vergleich zu den männlichen in der Industrie ist, um so geringer auch deren relative Entlohnung sich stellt. In der Bekleidungsbranche, in der die weibliche Arbeit überwiegt, liegt der Frauenlohn 3–10% unter den Männerlöhnen, in der Brauindustrie hin-

gegen 50%, in der Metallindustrie 40%.

Am schlimmsten liegen die Verhältnisse in der Heimindustrie, sie werden noch katastrophaler infolge der Wohnungs- und Baunot, sowie durch die Inflationsbetriebe (Eintagsfliegen). Daß unter mangelhafter Entlohnung, schlechten Arbeitsräumen, an sich schwerer und ungesunder Arbeit die Gesundheit der Arbeitenden leidet, liegt auf der Hand. Die verschiedenen Krankheiten, die durch die Berufstätigkeit hervorgerufen oder gefördert werden, sind detailliert aufgeführt.

In welchem Maße die Frauenarbeit zugenommen hat, erhellt daraus, daß 75% aller ledigen Frauen beruflich tätig sind, von den verheirateten auch noch 25%. Stark zugenommen hat die weibliche Arbeit in den Kontoren, nicht zuletzt infolge der eigenartigen Inflationsverhältnisse. In vielen Betrieben und Tarifen wird hier bereits für männliche und weibliche Angestellte der gleiche Lohn gezahlt, infolge der Verschiedenartigkeit der männlichen und weiblichen Tätigkeit steht diese gleiche Entlohnung jedoch nur auf dem Papier.

Bei der immer größer werdenden Zahl der weiblichen Berufe fordert und begründet die Verfasserin im Interesse der Volksgesundheit, der Moral und Volkskraft eine Reihe einschneidende sozialpolitische Gesetze für beide Geschlechter, so Achtstundentag, Kampf gegen die Wohnungsnot usw.

Ferner wird die Wirkung der Arbeit auf die geistige Einstellung der Frau behandelt, besonders auf das Eheleben. Die Verfasserin erblickt in der Berufstätigkeit der Frau eine Erziehung zur Selbständigkeit, die Autorität des Mannes als Familienoberhaupt gehört der Geschichte an, die Frau wird mehr und mehr der gleichberechtigte Kamerad des Mannes. Mit Recht fordert Frau Geyer eine berufliche Vorbildung auch für die erwerbstätige Frau, — nicht nur allein in deren eigenem Interesse, sondern



zwecks Erhaltung der Qualität des Arbeitserzeugnisses.

Das streng wissenschaftlich und doch leicht verständlich gehaltene Buch bedeutet eine wertvolle Bereicherung der sozialistischen Literatur über die Frauenfrage.

Nöllenburg.

### *Scheherezade? . . .*

Von berühmten Rezitatoren, die Jahre und Jahrzehnte durch viele Länder reisten, gibt es bis heute kaum ein Memoirenbuch, in dem sie ihre Erlebnisse schilderten. Aber es ist ein Zeichen für die gedankliche Schnelligkeit unserer Zeit, daß Menschen, die kaum aus den geistigen Windeln heraus sind, ihre Eindrücke in Drucker-schwärze einwecken. — Ich kann mir vorstellen, daß ein Märchen-erzähler ein wichtiger Faktor ist als ein Dichter, der in den Städten herumreist und seine Verse rezi- tiert.

Zwischen der Märchen-erzählerin Tetzner und der gleichnamigen Verfasserin des Buches „Im Lande der Industrie zwischen Rhein und Ruhr“ (Diederichs Verlag, Jena) besteht eine Kluft, die nur durch eigene Ueberschätzung erklärbar ist. — Wenn ein Mensch sich rein betrachtend über die Parteien stellt und als der neugierige Merlin die Herzen der Millionen belauscht, die im Kampf ums Dasein stehen, — so stellt man sich unter dem lau- schend Betrachtenden zum aller- wenigsten einen Menschen von über- legener Skepsis vor. Entpuppt er sich aber bei näherem Zusehen als eine Art altjungferlicher Wander- vogel, der allerdings mit viel Rou- tine Gesehenes und Angelesenes veramalgamiert und dann aus die- sen Substanzen ein Buch filtriert, — so ist man berechtigt, das „Wo-

ans und Woso“, um mit Fritz Reuter zu sprechen, etwas näher unter die kritische Lupe zu neh- men.

Die Diskrepanz zwischen dem Bild des Buchumschlages, das mit der Trostlosigkeit des Industriel- milieus zur Schwermut stimmt, und der Photographie der Ver- fasserin (das typische Gesicht der wandernden Gänseblume, die heut- zutage nicht mehr ohne Klampfen- musik zu denken ist) ist für den Wissenden tragikomisch.

Es gibt in diesem Buch auch ein Kapitel, überschrieben „Beim Ar- beiterdichter“, bei dessen Lektüre man sich erinnert, daß diese Gänse- blume auch eine Klatschrose sein kann. Hier fliegen die berühmten 10 000 Städte Lilienrons wegen einer einzigen Taktlosigkeit in die Luft!

Alle restlichen Kapitel sind nur ein schämischer Tanz um die eigene liebe Eitelkeit. Das Buch, dessen Deutsch sich übrigens nicht über das Niveau des typischen Lehre- rinnenseminars hinaushebt, gibt dem Arbeiter, was des Arbeiters ist; dem Deutschvölkischen, der streuselkuchenkauend seine dumm- dreisten patriotischen Orgien feiert, die betrachtende Weihe; und (ach!) dem fortgejagten König ohne Land wenigstens die Margarine des Trostes zu dem schmählich auf die verkehrte Seite gefallenem Butter- brot.

Ich hätte die Patenschaft dieses Buches abgelehnt, selbst wenn ich Jakob Kneip wäre. Man hat nach der Lektüre dieser 10 Bogen den peinlichen Geschmack allzu reich- lich genossener Limonade: allzu süß und allzu gehaltlos. Aber es wäre schade, wenn diese Getränke das Labsal für die Jugendbewegung wären.

Kurt Offenburg.